



Psychotherapeuten
Kammer NRW

Bericht zur Wahlperiode 2005 – 2009

Psychotherapeutenkammer NRW
Willstätterstr. 10
40549 Düsseldorf
Tel.: 0211/52 28 47 0
Fax.: 0211/52 28 47 15
E-Mail: info@ptk-nrw.de
www.ptk-nrw.de

Inhaltsverzeichnis

1	Gesetzgebung	4
1.1	Bundesgesetze	4
1.1.1	Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz – KHRG)	4
1.1.2	Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG)	4
1.1.3	GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG)	5
1.1.4	Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG)	6
1.1.5	Gesetz zur Abwehr des internationalen Terrorismus (BKA-Gesetz)	6
1.1.6	Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht und zur Änderung der Vorschriften über die nachträgliche Sicherheitsverwahrung	7
1.1.7	Gesetz zur Sicherung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt	7
1.2	Landesgesetze	7
1.2.1	Novellierung Heilberufsgesetz (HeilBerG NW)	7
1.2.2	Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes NRW (KHGG NRW)	8
2	Gesundheitliche Versorgung in NRW	8
2.1	Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen	8
2.2	Versorgung von Menschen mit Depressionen	11
2.3	Vernetzte psychosoziale Versorgung in Brustzentren und DMP	12
2.4	Initiativen zur Verbesserung der Versorgung für weitere Patientengruppen	13
3	Weiterentwicklung der Psychotherapie, Vernetzung unter den Berufs- angehörigen	15
3.1	Psychotherapeutische Verfahren, Leitlinien, Versorgungsforschung.....	15
3.2	Weiterbildung	16
3.3	Vernetzung von Berufsangehörigen in verschiedenen Tätigkeitsfeldern.....	17
3.3.1	Vernetzung mit anderen Akteuren	18
3.4	Zukunft der Psychotherapieausbildung	18
3.5	Fortbildung	20
3.6	Verwaltungsvorschriften und Sachverständigenlisten	21
3.7	Berufsrecht	22

4 Kooperationen der PTK NRW	23
5 Verwaltung und Mitgliederservice	23
6 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	25
7 Kammermitglieder in Zahlen	26
7.1 Mitglieder der Kammerversammlung (Wahlperiode 2005-2009)	27
7.1.1 Veröffentlichung der Auskünfte der Kammerversammlungsmitglieder gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW	29
7.2 Mitglieder des Vorstands (Wahlperiode 2005-2009) – gewählt am 17.09.2005	29
7.3 Delegierte der Psychotherapeutenkammer NRW zum Deutschen Psychotherapeutentag (Wahlperiode 2005-2009) – gewählt am 17.09.2005	30
7.4 Vertreter der Psychotherapeutenkammer NRW in Gremien der Bundespsychotherapeutenkammer (Wahlperiode 2005-2009)	32
7.5 Nichtrichterliche Beisitzer der Berufsgerichte für Heilberufe (Wahlperiode 2005-2009)	33
8 Ausschuss- und Kommissionsarbeit	33
8.1 Ausschüsse (Wahlperiode 2005-2009) – gewählt am 17.09.2005 und 10.12.2005	33
8.2 Vorstandskommissionen (Wahlperiode 2005-2009)	42
Anhang 1: IGV-Projektverzeichnis 06/2006 – 03/2009	
Anhang 2: Veröffentlichung der Auskünfte der Kammerversamm- lungsmitglieder gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW	

1 Gesetzgebung

1.1 Bundesgesetze

Vor dem Hintergrund der bundespolitischen Kompetenz, insbesondere für das Sozialrecht, aber auch hinsichtlich anderer rechtlicher Rahmenbedingungen für die psychotherapeutische Berufsausübung und die Versorgung psychisch kranker Menschen einerseits und der bundespolitischen Bedeutung des Landes NRW bzw. der NRW-Landesgruppen in den Bundestagsfraktionen andererseits, hat sich die PTK NRW bei relevanten Themen der Bundesgesetzgebung engagiert.

1.1.1 Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz - KHRG)

Am 13. Februar 2009 hat der Bundesrat dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) zugestimmt.

Mit dem Gesetz werden die Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009 vorgegeben. Für psychiatrische und psychosomatische Krankenhäuser sind neue Finanzierungsgrundlagen beschlossen worden. Bundeseinheitlich wird ein leistungsorientiertes und pauschalierendes Vergütungssystem auf der Grundlage tagesbezogener Entgelte eingeführt.

Der Vorstand der PTK NRW, unterstützt durch den Vorstandsbeauftragten für Krankenhausfragen, Herrn Hermann Schürmann, brachte sich vielfältig in die politische Arbeit der Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) in der Phase der Vorbereitung des Gesetzentwurfs und im parlamentarischen Verfahren ein. Mit Bundestagsabgeordneten aus NRW wurden Gespräche geführt. Dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (MAGS NRW) wurde eine eigene Stellungnahme zum KHRG übermittelt und es wurden auch dort Gespräche geführt.

Die PTK NRW sieht mit dem neuen Entgeltsystem eine Chance, Psychotherapie im Krankenhaus zu integrieren. Sie kritisiert allerdings, dass der Gesetzgeber die Chance verpasste, eine ausreichende Finanzierung der praktischen Tätigkeit der Psychotherapeuten in Ausbildung (PiA) zu sichern. Zur Information über die Systematik des neuen Entgeltsystems und zur Diskussion möglicher Konsequenzen für den Status und den Umfang der Psychotherapie im Krankenhaus wurde von der PTK NRW zeitnah noch für das erste Quartal 2009 ein Workshop konzipiert und durchgeführt. Über die Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Situation der PiA in der praktischen Tätigkeit, im Zusammenhang mit der vorgesehenen Änderung der Entgeltsysteme im Psychiatrischen Krankenhaus, berieten Kammervorstand und PiA-Vertretung NRW ebenso noch im 1. Quartal 2009.

1.1.2 Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG)

Zum 01. Januar 2009 trat das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG) in Kraft.

Über die gesamte Phase des Gesetzgebungsverfahrens hat sich die PTK NRW intensiv engagiert, um die Möglichkeiten dieses Gesetzgebungsverfahrens zur Minderung der Unterversorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in NRW zu nutzen. Zur Unterstützung der Forderung einer Quote von 20 Prozent für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie konnten auf dem Hintergrund der zu diesem Thema bereits seit längerem durchgeführten Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowohl das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW für eine Positionierung im Bundesrat als auch verschiedene Bundestagsabgeordnete gewonnen werden. Die ursprünglich von der Regierungskoalition beabsichtigte Einführung einer Quote in Höhe von zehn Prozent konnte letztlich zugunsten eines Mindestversorgungsanteils von 20 Prozent verdoppelt werden. Diese Mindestquote gilt bis zum 31. Dezember 2013 (§ 101 Abs. 4 SGB V). Nach Schätzung der beiden nordrhein-westfälischen Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) ist von zusätzlichen Niederlassungsmöglichkeiten im Umfang von ca. 260 Sitzen in Nordrhein-Westfalen auszugehen. Die KV Nordrhein allein rechnet mit 190 neuen Praxissitzen.

Im gleichen Gesetzgebungsverfahren setzte sich die PTK NRW auch mit dem Argument der Unterversorgung für die Absenkung der Ärztequote und für die Möglichkeit des Verkaufs/Erwerbs halber Praxissitze ein.

1.1.3 GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG)

Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) trat teilweise zum 01. April 2007 in Kraft, entscheidende Punkte wie Gesundheitsfonds, morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich und morbiditätsorientierte Vergütung im ambulanten Bereich gelten seit 01. Januar 2009. Die Ziele und die berufspolitische Interessensvertretung beim Gesetzgebungsprozess zum GKV-WSG wurden zwischen BPtK, Landespsychotherapeutenkammern und Verbänden weitgehend abgestimmt.

Zur Unterstützung der Lobbyarbeit auf Bundesebene und zur Bekanntmachung der Positionen der Psychotherapeuten in NRW versandte die PTK NRW das Positionspapier der BPtK an alle aus NRW stammenden Bundestagsabgeordneten. Im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsprozesses wurden die Stellungnahmen der BPtK zum Referentenentwurf bzw. zum Kabinettsentwurf den zuständigen Referenten im Gesundheitsministerium NRW zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden die Positionen der Psychotherapeuten in einem Gespräch mit Minister Karl-Josef Laumann sowie in einem Anschlussgespräch mit dem damaligen Staatssekretär Professor Stefan Winter eingebracht. Auf dieser Grundlage konnte erreicht werden, dass das Land NRW sich bereit erklärte, einige der Änderungsvorschläge seitens der PTK NRW als Anträge in den Gesundheitsausschuss des Bundesrates einzubringen. Diese Initiative wurde dann auch erfolgreich mit den Landespsychotherapeutenkammern der anderen großen Bundesländer abgestimmt, so dass auf allen Ebenen gleich lautende Änderungsvorschläge in die politische Diskussion eingebracht werden konnten.

Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass wesentliche Anliegen der Psychotherapeuten im Gesetz berücksichtigt wurden. Hier sind v.a. die Einzelleistungsvergütung (statt Regelleistungsvolumina) und die Verpflichtung zu einer angemessenen Vergütung pro Zeiteinheit für Psychotherapie zu nennen. Außerdem wurden die in Kliniken angestellten Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) mit Ärzten hinsichtlich

der Fortbildungspflicht gleichgestellt sowie entsprechende Anhörungsrechte der BPtK bei Beschlüssen des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) verankert.

1.1.4 Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG)

Das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) trat zum 01. Januar 2007 in Kraft. Dessen Regelungen sind im Wesentlichen von den Kassenärztlichen Vereinigungen bzw. den Zulassungsausschüssen umzusetzen. Von der PTK NRW wurden daher drei Informationsveranstaltungen zu dem Gesetz in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verantwortlichen der beiden KVen in NRW konzipiert und in den Städten Dortmund, Düsseldorf und Köln durchgeführt.

Im Zusammenhang mit dem VÄndG wies die PTK NRW alle Bundestagsabgeordneten aus NRW darauf hin, dass allein in NRW mehrere hundert der für Ärzte reservierten Sitze nicht besetzt sind und daraus eine erhebliche Unterversorgung resultiert.

Die von der BPtK erarbeitete Stellungnahme wurde dem MAGS NRW vor den Beratungen des Bundesrates im Mai 2006 zur Verfügung gestellt und die für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten wesentlichen Regelungen wurden dem MAGS NRW erörtert. Vor Behandlung des Entwurfs zum VÄndG im Gesundheitsausschuss des Bundesrates wurde gegenüber dem MAGS NRW eine Stellungnahme mit detaillierten Angaben zur Unterversorgung im Bereich Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie in NRW abgegeben und Minister Karl-Josef Laumann persönlich im Hinblick auf dieses Problem angeschrieben.

Mit dem Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit und Soziales der SPD-Landtagsfraktion NRW wurde ein Gespräch zur Versorgungssituation bei Kindern und Jugendlichen geführt. Insbesondere die Informationen zur 40-prozentigen Quote und zu der Anzahl unbesetzter Sitze in NRW (in 2006 über 400!) stießen auf großes Interesse.

1.1.5 Gesetz zur Abwehr des internationalen Terrorismus (BKA-Gesetz)

Zum 01. Januar 2009 ist das Gesetz zur Abwehr des internationalen Terrorismus (BKA-Gesetz) in Kraft getreten.

In Abstimmung mit den Aktivitäten der Bundespsychotherapeutenkammer wurden in der Vorbereitung des Gesetzes Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers und Innenminister Dr. Ingo Wolf angeschrieben, mit der Bitte um Unterstützung des Anliegens, den Schutz des Vertrauensverhältnisses Psychotherapeut – Patient in diesem Gesetz zu gewährleisten.

Nach dem Gesetz können jetzt staatliche Institutionen im Verdachtsfall in die Vertrauensbeziehung zwischen Patient und Psychotherapeut eindringen. Psychotherapeuten geraten somit in das legale Visier der Ermittler – ein rechtsstaatlicher Tabubruch, den die PTK NRW weiter anprangern wird.

1.1.6 Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht und zur Änderung der Vorschriften über die nachträgliche Sicherheitsverwahrung

Das „Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht und zur Änderung der Vorschriften über die nachträgliche Sicherheitsverwahrung“ wurde im April 2007 vom Bundestag verabschiedet.

Die PTK NRW unterstützte durch Einbeziehung der Kommission „Maßregelvollzug“ die Bundespsychotherapeutenkammer bei der Erarbeitung ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzgebungsverfahren.

1.1.7 Gesetz zur Sicherung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt

Das „Gesetz zur Sicherung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Erziehungsanstalt“ wurde im Juni 2007 vom Bundesrat beschlossen.

Bei der Erarbeitung ihrer Stellungnahme unterstützte die PTK NRW unter Einbeziehung der Kommission „Maßregelvollzug“ die Bundespsychotherapeutenkammer im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens.

1.2 Landesgesetze

1.2.1 Novellierung Heilberufsgesetz NRW (HeilBerG NW)

Die Umsetzung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie machte eine Anpassung des Heilberufsgesetzes NRW (HeilBerG NW) notwendig, die am 14. November 2007 im Landtag verabschiedet wurde.

Der Gesetzentwurf zur Novellierung des HeilBerG NW wurde der Kammer Anfang 2007 übermittelt. Der Entwurf sah unter anderem eine Änderung des Namens der PTK NRW in „Kammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Psychotherapeutenkammer)“ auf Wunsch der Ärztekammern vor.

Während ein Großteil der vorgesehenen Novelle, u.a. die Teilrechtsfähigkeit der Versorgungswerke, eine langjährige Forderung der PTK NRW, von der PTK NRW begrüßt wurde, wurde die Änderung der Bezeichnung der Kammer entschieden abgelehnt. Eine umfangreiche und differenzierte Stellungnahme wurde mit Unterstützung des Justitiars der BPTK erarbeitet und dem MAGS NRW sowie den gesundheitspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen übermittelt. Die Kammerversammlung verabschiedete auf ihrer 19. Sitzung am 27.04.2007 die Resolution „Gegen bürokratische Wortungetüme – Psychotherapeutenkammer NRW verteidigt ihren Namen“. Die PTK NRW führte zahlreiche Gespräche mit den Repräsentanten der Ärztekammern, Kassenärztlichen Vereinigungen, den gesundheitspolitischen Sprechern und Abgeordneten der Landtagsfraktionen sowie dem Ministerium. Mehrere Verbände und viele Berufsangehörige wandten sich mit Schreiben an die Abgeordneten des Landtags. Das Thema wurde auch von der Presse aufgegriffen.

Dadurch konnte die Durchführung einer öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses zur Frage des Namens der Psychotherapeutenkammer und eine Veränderung des Regierungsentwurfs bzw. der Begründung im Lauf der Beratungen im Landtag erreicht werden.

Im Ergebnis wurden der Langname und der bisherige Name als offizielle Bezeichnungen ins Gesetz aufgenommen. In der Debatte wurde vom Minister darauf hingewiesen, dass der bisherige Name im Rechtsverkehr verwendet werden kann. Damit wurde erreicht, dass auch weiterhin das Logo geführt und der bisherige Name verwendet werden kann.

1.2.2 Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes NRW (KHGG NRW)

Der Landtag NRW beschloss am 05. Dezember 2007 das Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes NRW (KHGG NRW).

Die PTK NRW richtete zur ersten Anhörung 2007 eine Stellungnahme an alle Abgeordneten des Gesundheitsausschusses des Landtags NRW. Darin wurde das Festhalten an der Verpflichtung der Krankenhäuser, an der Aus- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe mitzuwirken, wie in § 1 Abs. 4 des Gesetzentwurfes der Landesregierung beschrieben, ausdrücklich begrüßt. Um die fachliche Kompetenz der Psychotherapeuten in Fragen der Versorgung psychisch kranker Menschen und die Erfordernisse der Aus- und Weiterbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in die Krankenhausplanung einbringen zu können, forderte die PTK NRW die Einbeziehung in den Kreis der mittelbar an der Krankenhausplanung Beteiligten. Dieses Anliegen wurde jedoch von den Mehrheitsfraktionen bedauerlicherweise nicht aufgenommen.

2 Gesundheitliche Versorgung in NRW

2.1 Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Die Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen war eines der Schwerpunktthemen der PTK NRW in den Jahren 2005 bis 2009.

Ratgeber

Bereits im Dezember 2005 veröffentlichte die Kammer einen Ratgeber, der Eltern für die Symptome von depressiven Erkrankungen sensibilisiert und auf Behandlungsangebote von niedergelassenen Psychotherapeuten sowie Familien- und Erziehungsberatung aufmerksam macht. Der Flyer wurde inzwischen bis zum 19.03.2009 mit einer Anzahl von 5.380 Stück an 382 Besteller/Einrichtungen abgegeben, darunter ein Großteil an Beratungsstellen, Gesundheitsbehörden und Kliniken.

Keine Kürzungen in der Erziehungsberatung

Im Jahr 2006 wandte die PTK NRW sich massiv gegen die geplanten Kürzungen der Jugendhilfe durch das Land NRW. Durch intensive Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit konnte erreicht wer-

den, dass die Einsparungen nicht im vorgesehenen Umfang erfolgten und im NRW-Haushalt 2007 keine weiteren Kürzungen vorgesehen wurden.

Prävention bei Kindern aus Hochrisikofamilien

Im Februar 2006 veranstaltete die PTK NRW zusammen mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Landesverband Nordrhein (BVKJ) im Rahmen der Tagung „Abenteuer Erziehung – Förderung einer gesunden Entwicklung“ in Dortmund einen gemeinsamen Kongress mit dem Schwerpunktthema „Prävention bei Kindern aus Hochrisikofamilien“. An dem Kongress nahmen ca. 500 Teilnehmer, insbesondere Kammermitglieder aus Erziehungsberatungsstellen und Einrichtungen der Jugendhilfe sowie Kinderärzte, teil. Die Veranstaltung rief ein großes Interesse in der Öffentlichkeit hervor. Die gemeinsam mit dem BVKJ ausgerichtete Pressekonferenz stieß auf nachhaltige Resonanz: Die Tagespresse berichtete breit über die Pressekonferenz und die Auffassung der PTK NRW. Die PTK NRW-Präsidentin wies in ihrem Grußwort zum Kongress auf die Bedeutung einer qualifizierten Arbeit von Psychotherapeuten in der Familien- und Erziehungsberatung hin und kritisierte die zu der Zeit vorgesehenen Kürzungen in diesem Bereich. Als ein Ergebnis der Tagung wurden die Positionen der PTK NRW zur Früherkennung und Frühintervention und die Bedeutung des Erhalts einer hoch qualifizierten Erziehungsberatung in diesem Zusammenhang in einem Gespräch mit der Staatssekretärin Frau Dr. Gierden-Jülich vom Jugendministerium NRW erörtert. Die PTK NRW bot an, bei der Fortbildung von Fachkräften in den Familienzentren fachlich zu unterstützen.

Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in NRW

Im Nachgang zu dem Gespräch mit der Staatssekretärin Frau Dr. Gierden-Jülich vom Jugendministerium NRW in 2006 wurde ein Kammermitglied in die Expertenkommission „Kinderschutz“ der Landesregierung NRW zur Begleitung des Anfang 2007 beschlossenen „Handlungskonzepts der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in NRW“ berufen. Die im Landshaushalt 2006 vorgesehenen Einsparungen im Bereich der Erziehungsberatung wurden nicht im geplanten Umfang realisiert, im Haushalt 2007 wurden keine weiteren Kürzungen vorgesehen.

Gewalt erkennen – Kindern eine Perspektive geben

Im März 2007 wurde die Fachtagung „Gewalt erkennen – Kindern eine Perspektive geben“ gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein in Düsseldorf durchgeführt. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse. Es nahmen etwa 400 Interessierte teil, davon ein Drittel Kinderärzte, ein Drittel Psychotherapeuten und ein Drittel Angehörige von Jugend- und Gesundheitsämtern und anderen Institutionen der Kommunen und der Jugendhilfe. Die Veranstaltung rief ebenfalls großes öffentliches Interesse hervor. Von der gemeinsam durchgeführten Pressekonferenz wurde in vielen Medien berichtet. Dargestellt wurden sowohl die wesentlichen Positionen der PTK NRW, wie die der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein.

Unterversorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen

Das Thema der Unterversorgung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen wurde Anfang 2007 differenziert in der Stellungnahme der PTK NRW zur öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses des Landtags zur „Psychiatrie in NRW“ dargestellt.

Auf ihrer 21. Kammerversammlung im April 2008 verabschiedete die PTK NRW die Entschließung „Psychisch kranke Kinder und Jugendliche sind unterversorgt“. Diese Entschließung wurde gezielt in der Lobbyarbeit zur Durchsetzung einer 20-prozentigen Mindestquote für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten im GKV-OrgaWG eingesetzt.

Zur Arbeit am „Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in NRW“ erarbeitete die Kommission „Psychotherapie in der Jugendhilfe“ eine Stellungnahme zum Thema „Positive Aspekte und Effekte von Familienzentren“.

Prävention von Depressionen bei Kindern und Jugendlichen

Im Bündnis gegen Depression in Düsseldorf ist durch die aktiven Kammerangehörigen der schulpsychologische Dienst in die Aktivitäten des Bündnisses eingebunden worden. In Abstimmung mit den Bundniskoordinatoren wurde 2006 eine erste Aufklärungs-, Informations- und Fortbildungsveranstaltung für Eltern, Beratungslehrer, Schulaufsicht und sonstige wichtige Funktionsträger des Schulwesens über Prävention, Früherkennung und Erscheinungsformen depressiver Störungen im Jugendalter durchgeführt.

Ebenfalls im Jahr 2006 wurde von der PTK NRW das Projekt „Lars & Lisa“ zur Prävention von Depressionen bei Kindern im Hinblick auf die Zielstellung, die Durchführung an Schulen, Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten ausgearbeitet und als Vorschlag für eine Bundnisaktivitat des Bündnisses gegen Depression in Düsseldorf vorgestellt. Die Mitgliederversammlung des Bündnisses entschied sich allerdings gegen die Durchführung.

Prävention von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter

Im Rahmen des Praventionskonzepts NRW der Landesregierung ist die PTK NRW Mitglied in der Lenkungsgruppe der Landesinitiative „Prävention von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter“. Die engen Ressourcen erlaubten es jedoch nicht, im Rahmen dieser Landesinitiative ein eigenes Projekt zu initiieren.

Modellregion für Erziehung in Recklinghausen

Die PTK NRW hat mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), dem Deutschen Richterbund NRW (DRB) und dem Verband Bildung und Erziehung NRW (VBE) ein strategisches Bündnis vereinbart. Die Vereinbarung zur Partnerschaft mit dem Ziel der Umsetzung des Konzeptes der „Modellregion für Erziehung in Recklinghausen – Ein Projekt zur Gewaltprävention und Stärkung von Familien“ wurde im Rahmen einer Pressekonferenz im November 2006 in Recklinghausen unterzeichnet. Seitdem findet eine kontinuierliche Zusammenarbeit in Offentlichkeitsarbeit und Suche nach Sponsoren bzw. Förderern statt. Für Mai 2009 wurde die PTK NRW zum 59. Wissenschaftlichen Kongress der Bundesverbande der Ärzte und ZahnArzte des Offentlichen Gesundheitsdienstes (BVOGD/BZOG) in Bielefeld als beteiligter Projektpartner zu

einem Bericht über die Modellregion eingeladen. Das Projekt der „Modellregion für Erziehung in Recklinghausen“ befindet sich nach wie vor auf der Suche nach Sponsoren.

2.2 Versorgung von Menschen mit Depressionen

Die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Depressionen war ein zweites Schwerpunktthema der PTK NRW in den Jahren 2005 bis 2009.

Bündnisse gegen Depression

Die PTK NRW unterstützte die Vernetzung der Kammermitglieder in den regionalen Bündnissen gegen Depression in NRW. Kammermitglieder, die 2005 auf dem ersten Patiententag des Bündnisses gegen Depression in Düsseldorf Vorträge und Workshops ausgerichtet haben, sprachen auch auf der Auftaktveranstaltung des „Bündnisses gegen Depression“ am 04.02.2006 in Duisburg. Ein weiteres Bündnis gegen Depression hat sich in Düren formiert. Auf der Podiumsdiskussion bei der Auftaktveranstaltung am 11. März 2006 waren Psychotherapeuten vertreten. Um landesweit Koordination, Informationsaustausch und Transparenz zwischen den in den Regionen aktiven Kammermitgliedern der Bündnisse zu fördern, hat die Geschäftsstelle 2006 eine E-Mail-Group eingerichtet, in die sich Interessierte eintragen können. In Düsseldorf ist durch die aktiven Kammerangehörigen der schulpsychologische Dienst in die Bündnisaktivitäten eingebunden worden. Ein Projektplan zur Umsetzung des Programms „Lars & Lisa“ zur Prävention von Depressionen bei Kindern wurde 2006 in die Bündnisaktivität des Bündnisses gegen Depression in Düsseldorf eingebracht. Im Zuge der veränderten Struktur in der Weiterführung des Bündnisses ab 2007 wurde der Projektvorschlag nicht weiterverfolgt. Die PTK NRW ist 2006 darüber hinaus mit dem Ziel aktiv geworden, die Themen „Gender Mainstreaming“ und „Depressionen im Alter“ stärker bei den Aktivitäten der Bündnisse zu berücksichtigen. Entsprechende Fortbildungen zum Thema: „Psychotherapie bei Frauen und Männern in der zweiten Lebenshälfte“ wurden angeboten. Im Februar 2007 fand im Rahmen des Bündnisses gegen Depression Düsseldorf eine Fachtagung zur Behandlung von Depressionen bei älteren Menschen statt, an der die PTK NRW sich mit mehreren Referenten beteiligte. Im Mai 2007 fand der 2. Patiententag des Bündnisses gegen Depression in Düsseldorf statt. Daran war die PTK NRW ebenfalls mit mehreren Referenten und einem Stand beteiligt. Am Patiententag nahmen ca. 300 Besucher, Betroffene und Angehörige teil. Die Beteiligung von Psychotherapeuten an Bündnissen gegen Depression, z.B. in Münster und Duisburg, wurde 2008 in Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen Kammerangehörigen von der PTK NRW unterstützt.

Anhörung des Landtags zur „Psychiatrie in NRW“

Das Thema der Versorgung depressiv Erkrankter wurde Anfang 2007 in der Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses des Landtags zur „Psychiatrie in NRW“ ausführlich problematisiert. Vorgeschlagen wurde unter anderem ein NRW-Modellprojekt Depression.

Depressionen erkennen und behandeln: Ein Gesundheitsziel in NRW

In einer von der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe und dem MAGS NRW gemeinsam initiierten Fachtagung „Depressionen erkennen und behandeln: Ein Gesundheitsziel in NRW“ im Mai 2008 in Münster wurde unter Beteiligung von Minister Karl-Josef Laumann über den gegenwärtigen Stand der fachlichen Anforderungen an die Versorgung von Menschen mit Depressionen und Umsetzungsmöglichkeiten in NRW beraten. Der Stand der psychotherapeutischen Forschung zur sektorübergreifenden Behandlung von Depressionen wurde von Prof. Hautzinger dargestellt. An der Podiumsdiskussion zur Fragestellung „Versorgung von Patienten mit Depressionen verbessern: Wie können Gesundheitspolitik, Kostenträger und Leistungserbringer zur Umsetzung beitragen?“ war die PTK NRW durch die Präsidentin beteiligt. Von der PTK NRW wurde die Veranstaltung mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit unterstützt, Psychotherapeuten stellten den Großteil der Teilnehmer der Veranstaltung.

Depressionen als Erkrankungen, bei denen Psychotherapie auch in der stationären Versorgung als wirksame Behandlungsform anzuwenden ist, standen im Mittelpunkt des von der PTK NRW ausgerichteten Workshops „Psychotherapie im Krankenhaus sichtbar machen“, der am 04.09.2008 in Dortmund für angestellte Psychotherapeuten in Krankenhäusern stattfand. Behandelt wurde die Psychotherapie in einer Station für depressive Erkrankungen und das Modell der integrierten Versorgung von Depression im Bielefelder ambulanten Intensiv-Depressionsprogramm (BID).

Die Kompetenz der Psychotherapeuten in der Behandlung von Depressionen wurde gegenüber der Öffentlichkeit durch kontinuierliche Pressearbeit zu diesem Thema ins Bewusstsein gerückt. Unter anderem erfolgten Pressemitteilungen der PTK NRW zum Thema „800.000 depressiv Kranke in NRW“ (31.05.2008) und „Depressive Menschen brauchen mehr Psychotherapie“ (10.10.2008).

Im Rahmen des 4. Jahreskongresses Psychotherapie „Wissenschaft Praxis“ des Hochschulverbundes Psychotherapie NRW und der PTK NRW wurde Ende Oktober 2008 in Bochum der Stand der Arbeit an der Nationalen Versorgungsleitlinie Depression vorgestellt und im Rahmen eines Workshops diskutiert.

2.3 Vernetzte psychosoziale Versorgung in Brustzentren und DMP

Die PTK NRW setzt sich seit langem dafür ein, dass Frauen, die an Brustkrebs erkrankt sind, eine psychosoziale Beratung und wenn notwendig, auch eine psychotherapeutische Behandlung bekommen. Nach sechs Jahren kontinuierlicher Arbeit an dem Thema ist es gelungen, für die Brustzentren in NRW ein psychoonkologisches Versorgungskonzept zu verankern. Das unter Federführung der PTK NRW von einer Unterarbeitsgruppe der „Konzertierten Aktion gegen Brustkrebs des Landes NRW“ erarbeitete Konzept „Vernetzte psychosoziale Versorgung von Brustkrebspatientinnen im Rahmen von DMP und Brustzentren,“ wurde in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Qualitätsentwicklung NRW (zuständig für die Begleitung der Entwicklung in Brustzentren) im April 2008 vorgestellt und vom MAGS NRW in den Anforderungskatalog für Brustzentren übernommen. Krankenhäuser müssen für ihre Patientinnen ein psychosoziales Screening und entsprechende Interventionen anbieten, wenn sie als Brustzentrum zertifiziert

und anerkannt werden wollen. Dazu gehört auch, dass in einem Brustzentrum werktäglich ein Psychotherapeut verfügbar ist. Patientinnen haben damit endlich den Anspruch auf eine professionelle Ergänzung der medizinischen Versorgung durch psychotherapeutische Interventionen und Behandlung. Die Anforderungskriterien treten verbindlich in Kraft, sobald die Ärztekammer Westfalen-Lippe sie an die Brustzentren verschickt hat.

Das Konzept schafft außerdem die Grundlage für eine regelhafte vernetzte psychoonkologische Versorgung im ambulanten und stationären Bereich. Inwieweit die vorgesehene Umsetzung des Konzeptes durch Zusatzverträge zu den DMP-Verträgen realisiert werden kann, wird sich zeigen, wenn die Auswirkungen von Gesundheitsfonds und morbiditätsorientiertem Risikostrukturausgleich sowie der Regelungen zur Krankenhausfinanzierung für die nordrhein-westfälischen Kassen und Kassenärztlichen Vereinigungen klarer erkennbar sind.

2.4 Initiativen zur Verbesserung der Versorgung für weitere Patientengruppen

Flüchtlinge und Migranten

In den Jahren 2006 bis 2008 arbeitete die PTK NRW im durch EU-Mittel geförderten EIDHR-Projekt (European Initiative Democracy and Human Rights) mit dem Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf (PSZ) zusammen. Gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern wurden Qualitätszirkel, Supervision und Fortbildungsveranstaltungen zur Psychotherapie traumatisierter Flüchtlinge angeboten. Zum Internationalen Tag der Folteropfer im Juni 2008 fand eine gemeinsame Pressekonferenz und -erklärung statt. Zum Abschluss des von der EU 2006-2008 geförderten Kooperationsprojekts wurde im Dezember 2008 in Kooperation mit dem PSZ eine Befragung der Kammerangehörigen zur psychotherapeutischen Versorgung von Flüchtlingen durchgeführt. Die Auswertung der Umfrage dauert noch an. Die Zusammenarbeit der PTK NRW mit dem PSZ wird 2009 nach beendeter Projektförderung fortgesetzt, z.B. bei der Fortbildungsveranstaltung „Psychotherapie im interkulturellen Setting“.

Ältere Menschen

Zur psychotherapeutischen Versorgung älterer Menschen legte die PTK NRW für Patienten, Angehörige und Einrichtungen des Gesundheitswesens 2007 erstmals den Patientenratgeber „In den besten Jahren – Psychotherapie in der zweiten Lebenshälfte“ auf. Der Flyer wurde inzwischen bis zum 19.03.2009 mit einer Anzahl von 2.837 Stück an insgesamt 67 Besteller/Einrichtungen abgegeben, darunter ein Großteil an Kliniken und Beratungsstellen. Das Thema „Psychotherapie bei älteren Menschen: Was ist besonderes daran und wie ist die Wirksamkeit?“ war Schwerpunktthema des 4. Jahreskongresses Psychotherapie „Wissenschaft Praxis“ des Hochschulverbundes Psychotherapie NRW und der PTK NRW im Oktober 2008 in Bochum. An dem Kongress nahmen über 320 Teilnehmer teil. Darüber hinaus fand eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit zum Thema statt. Besonders mit der Umsetzung der Gesundheitsziele NRW im Hinblick auf die Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft an das Gesundheitswesen beschäftigte sich 2008 auch der vorbereitende Ausschuss der Landesgesundheitskonferenz, in dem die PTK NRW Mitglied ist.

Notfallversorgung

Zum Thema Akutversorgung im Notfall trafen sich auf Initiative und unter Federführung der PTK NRW Ende Januar 2006 in Frankfurt die Beauftragten aus acht Bundesländern bei einem ersten Arbeitstreffen zu einem Informationsaustausch. Ende Oktober 2006 fand das zweite Arbeitstreffen der Beauftragten in Sachen Akutversorgung Notfallpsychotherapie der Landespsychotherapeutenkammern unter Federführung der PTK NRW statt. Ein von NRW vorgelegter Fragenkatalog, anhand dessen die bisherigen Aktivitäten und Erfahrungen in diesem Bereich vergleichbar dargestellt werden können, wurde verabschiedet. Dessen Auswertung erfolgte durch die PTK NRW in Zusammenarbeit mit der BPtK. Auf den Folgetreffen „Akutversorgung im Notfall“ war und ist die PTK NRW durch ihren Vorstandsbeauftragten und die Kommissionsleiterin vertreten.

Im November 2008 fand in Bonn die Konsensuskonferenz „Psychosoziale Notfallversorgung“ (PSNV) statt, der ein einjähriger Arbeits- und Abstimmungsprozess vorausging. Auf der Konferenz verständigten sich 27 Organisationen, die bundesweit an der PSNV beteiligt sind, auf ein (vorläufiges) Abschlusspapier zu Qualitätsstandards und Leitlinien zur Psychosozialen Notfallversorgung in der Gefahrenabwehr in Deutschland. Die PTK NRW war in Vertretung der BPtK durch den Vorstandsbeauftragten Werner Wilk und die Präsidentin Monika Konitzer beteiligt. In Übereinstimmung mit der Positionierung von Vorstand und Kommission „Vorsorgeplanungen für Großschadensereignisse“ der PTK NRW stellte die BPtK auf der Konferenz in ihrem abschließenden Statement fest, dass die Aufgaben und Kompetenzen von Psychotherapeuten in der Akutphase und im Rahmen von Frühinterventionen, die Definition von Qualitätsstandards von Psychotherapeuten in der „Frühintervention“ und die Frage der Weisungsbefugnis und Fachaufsicht in Bezug auf Psychotherapeuten noch nicht angemessen berücksichtigt bzw. definiert seien. Hierzu wurde für die Weiterentwicklung der Leitlinien zukünftiger Nachbesserungsbedarf angemeldet.

Transplantationsbetroffene

Zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung von Transplantationsbetroffenen wurde in Abstimmung mit dem Bundesverband der Organtransplantierten (BDO) zum Jahresanfang 2009 ein Fragebogen zur Erfassung der Bereitschaft zur Behandlung von Transplantationsbetroffenen und dazu, diese Informationen abrufbar zur Verfügung zu stellen, an die Kammerangehörigen versandt. Der Rücklauf betrug bislang mehr als 200 Fragebögen. Die Auswertung dauert noch an. Die Zusammenarbeit mit dem BDO wurde inzwischen fortgeführt. Eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung ist in Planung.

Genitale Beschneidung von Mädchen und Frauen

Seit 2009 nimmt die PTK NRW am „Runden Tisch gegen genitale Beschneidung von Mädchen und Frauen“ teil.

Prävention

Zur Förderung der Präventionsaktivitäten wurde 2006 eine Befragung der Kammerangehörigen über ihre Beteiligung an Präventionsprojekten und -aktivitäten durchgeführt. Über 300 Rückmeldungen über die aktive Mitarbeit an präventiven Maßnahmen gingen innerhalb kürzester Zeit

ein. Danach stellen Psychotherapeuten eine fachkompetente und erfahrene Ressource dar, die selbst als Projektinitiatoren tätig werden oder auf die Präventionsinitiativen zählen können.

Landeskonzzept gegen Sucht

Die PTK NRW nahm an einem Fachgespräch zur Entwicklung eines neuen Landeskonzpts gegen Sucht NRW teil. Das Konzept soll im Rahmen der Umsetzung des Gesundheitsziels „Sucht bekämpfen“ entwickelt werden. Angestrebt ist die Fertigstellung des Konzepts bis Ende des Jahres 2009. Aus Sicht des Vorstands sollte die Bedeutung psychotherapeutischer Kompetenzen und Konzepte beim Umgang mit Suchterkrankungen stärker als bisher berücksichtigt werden. Mit diesem Ziel ist eine kontinuierliche Beteiligung an der Erarbeitung des Landeskonzpts geplant.

3 Weiterentwicklung der Psychotherapie, Vernetzung unter den Berufsangehörigen

3.1 Psychotherapeutische Verfahren, Leitlinien, Versorgungsforschung

Entsprechend der Satzung wurden Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Psychotherapie und zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung unternommen.

In mehreren Stellungnahmen des Vorstands und EntschlieÙungen der Kammerversammlung hat sich die PTK NRW für die sozialrechtliche Anerkennung der Gesprächspsychotherapie durch den Gemeinsamen Bundesausschuss eingesetzt. Der Gemeinsame Bundesausschuss ist der Stellungnahme der BPtK, die von der PTK NRW unterstützt wurde, bedauerlicherweise nicht gefolgt. Die rechtliche Frage des Umfangs der Entscheidungskompetenz des Gemeinsamen Bundesausschusses für die sozialrechtliche Zulassung von Psychotherapieverfahren wird nun voraussichtlich vom Bundessozialgericht entschieden werden. Es ist abzuwarten, welche Konsequenzen sich daraus für die Überprüfung der bisherigen Richtlinienverfahren durch den G-BA und ggf. die Überprüfung der sozialrechtlichen Zulassung der Systemischen Therapie ergeben.

Die Umsetzung der im Dezember 2008 erfolgten wissenschaftlichen Anerkennung der Systemischen Therapie als für die Ausbildung zum PP und KJP geeignetes Verfahren in der Tätigkeit der Kammer sowie in der Ausbildung wurde mit den Vertretern der zuständigen Fachgesellschaften erörtert und wird in den kommenden Monaten erfolgen.

Die Thematik der Bewertung der Wirksamkeit und des Nutzens psychotherapeutischer Verfahren und Methoden wurde zusätzlich zu der Beratung in Kammerversammlungen und Stellungnahmen des Vorstands zu Stellungnahmeentwürfen der BPtK in einem Workshop der Kammerversammlung zu Verfahrensregeln des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie (WBP) im September 2007 und als Schwerpunktthema beim Jahreskongress „Wissenschaft Praxis“ im Oktober 2007 behandelt. In einem Workshop zur Nutzenbewertung in der Psychotherapie wurde der Entwurf des Methodenpapiers des WBP vorgestellt und konnte ausführlich mit mehreren Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats diskutiert werden.

Der 4. Jahreskongress „Wissenschaft Praxis“ der PTK NRW und des Hochschulverbundes Psychotherapie NRW behandelte in 2008 als eines von zwei Schwerpunktthemen „Leitlinien in der Versorgung psychischer Störungen“ am Beispiel der Nationalen Versorgungsleitlinie Depression. In einem Workshop wurden Chancen und Risiken von Leitlinien in der Psychotherapie mit Vertretern der DGPs, der DGPPN und der Krankenkassen diskutiert.

Gemeinsam mit der Carina-Stiftung wurde im Juni 2006 das Institut für Gesundheitsförderung und Versorgungsforschung gGmbH (IGV) in Bochum gegründet; die Zustimmung der Kammerversammlung erfolgte im Dezember 2006. Das Institut ist eine gemeinnützige, rechtlich selbständige, wissenschaftliche Einrichtung. Gesellschafter des Instituts sind die Carina Stiftung, Herford, und die Psychotherapeutenkammer NRW; die Gesellschaft wurde zunächst für fünf Jahre gegründet. Das Institut verfolgt ausschließlich wissenschaftliche Ziele in der Gesundheitsförderung und der Versorgungsforschung. Es nimmt Aufgaben der Forschung und Entwicklung, der Anwendung und des Managements sowie der Evaluation und Qualitätssicherung psychosozialer und psychotherapeutischer Versorgung im Gesundheits- und Sozialwesen wahr. Eine Liste der bisherigen Projekte des Instituts ist im Anhang 1 aufgeführt.

3.2 Weiterbildung

Der Ausschuss Fort- und Weiterbildung hat auf Basis der Musterweiterbildungsordnung (MWBO) der BPTK den Entwurf einer Weiterbildungsordnung (WBO) erarbeitet und die Beratungen der Kammerversammlung zu diesem Thema vorbereitet. Im Oktober 2006 fand eine Informations- und Diskussionsveranstaltung für die Kammerversammlung zu den sozialrechtlichen und berufsrechtlichen Implikationen der Verabschiedung einer Weiterbildungsordnung statt. Die berufsrechtlichen Vorgaben und Implikationen wurden von Herrn MR Rainer Godry vom Aufsichtsministerium dargestellt. Er wies insbesondere darauf hin, dass nach seiner Auffassung die Notwendigkeit einer Weiterbildungsbezeichnung „Klinische Neuropsychologie“, aufgrund des Stands der Entwicklung dieses Bereichs und der Notwendigkeit des Angebots dieser Behandlung in der Versorgung, aus rechtlichen Gründen geboten sei. Referiert und diskutiert wurden Erfahrungen mit der Weiterbildungsordnung „Klinische Neuropsychologie“ in Rheinland-Pfalz.

In der 18. Kammerversammlung im Dezember 2006 wurde die Weiterbildungsordnung mit der Regelung der Bereichsbezeichnung „Klinische Neuropsychologie“ verabschiedet. Sie trat nach Genehmigung mit Veröffentlichung im Ministerialblatt am 14. Juli 2007 in Kraft.

Am 23.05.2007 fand eine Informationsveranstaltung für die Kammerangehörigen, die die Weiterbildungsbezeichnung nach der Übergangsregelung erwerben können, statt. Alle betroffenen Kammerangehörigen sowie die entsprechenden Einrichtungen, die für die Ermächtigung als Weiterbildungsstätten in Frage gekommen sind, wurden eingeladen.

Die Umsetzung der Weiterbildungsordnung findet in enger Abstimmung mit der entsprechenden Fachgesellschaft statt. Am 28.02.2008 wurde der Prüfungsausschuss berufen, der unter Beteiligung aller Mitglieder und Stellvertreter am 04.04.2008 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat und über die ersten zehn vorliegenden Anträge entschied. Bislang wurden 16 Zusatzbezeichnungen (Stand: 25.02.2009) „Klinische Neuropsychologie“ erteilt und 14 Weiterbildungsbefugnisse „Klinische Neuropsychologie“ ausgestellt. Für die Schaffung von Weiterbildungsstätten „Klinische Neuropsychologie“ wurden die ersten Schritte umgesetzt. Zur Erarbei-

zung der weiteren Schritte zur Umsetzung der Behandlung mit Klinischer Neuropsychologie in der stationären und ambulanten Versorgung und der Einrichtung von Weiterbildungsstätten wurde eine Kommission eingesetzt.

3.3 Vernetzung von Berufsangehörigen in verschiedenen Tätigkeitsfeldern

Die Kommission „Psychotherapie im Krankenhaus“ hat einen Fragebogen für eine Umfrage unter den in Krankenhäusern beschäftigten Kammerangehörigen entwickelt, der im Sommer 2007 an die Kammerangehörigen verschickt wurde. Ein Bericht über die Ergebnisse der Umfrage wurde im Psychotherapeutenjournal 02/2008 veröffentlicht. Vorbereitet durch die Kommission „Psychotherapie im Krankenhaus“ fand zur Auswertung und Diskussion der Ergebnisse der 2007 durchgeführten Umfrage bei angestellten Psychotherapeuten im Krankenhaus ein Workshop für angestellte Psychotherapeuten in Krankenhäusern mit Impulsreferaten zur stationären und integrierten Versorgung statt. Die Tagung diente insbesondere dem internen Austausch der im Krankenhaus tätigen Psychotherapeuten und der Erarbeitung einer Positionierung, z.B. zu Entgelt- und Vergütungsfragen. Die Veranstaltung „Konsequenzen des neuen Entgeltsystems für die Psychotherapie in Psychiatrie und Psychosomatik“ wurde Ende März 2009 durchgeführt. Die PTK NRW lud zur Diskussion der möglichen Konsequenzen des neuen Entgeltsystems für Status und Umfang der Psychotherapie im Krankenhaus ein. Auch die Veranstaltungen „Berufsrecht für Angestellte in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen“ sowie die Veranstaltung „Als Psychotherapeut in Führung gehen“ wurden von den Teilnehmern als Möglichkeiten zum Kennenlernen und zum gegenseitigen Austausch genutzt.

Eine Arbeitsgruppe der Kommission „Maßregelvollzug“ erarbeitete einen Fragebogen zu den Arbeitsbedingungen von Psychotherapeuten im Maßregelvollzug, der 2008 an die Kammerangehörigen verschickt wurde. Die Auswertung des Fragebogens soll die Grundlage für Vernetzung und Weiterentwicklung der Tätigkeit Psychologischer Psychotherapeuten im Maßregelvollzug sein. Die Auswertung des Fragebogens durch die Kommission dauert derzeit noch an.

Zum Abschluss des von der EU 2006-2008 geförderten Kooperationsprojekts wurde im Dezember 2008 in Kooperation mit dem PSZ eine Evaluations-Befragung der Kammerangehörigen zur psychotherapeutischen Versorgung von Flüchtlingen durchgeführt. Der Rücklauf war bis Ende Februar mit ca. 300 Fragebögen relativ gut. Im Rahmen einer Kooperationsabgabe unterstützt die PTK NRW das PSZ bei der wissenschaftlichen Auswertung. Für den 30. und 31. Oktober 2009 ist die von der PTK NRW und dem PSZ gemeinsam ausgerichtete Fortbildung „Psychotherapie im interkulturellen Setting“ geplant. Die Veranstaltungsausschreibung ist bereits auf reges Interesse gestoßen.

Im Frühjahr 2009 wurde erstmals ein „Tag der Neuapprobierten“ in Dortmund durchgeführt, zu dem alle in 2007 und 2008 Neuapprobierten (ca. 450) eingeladen wurden. Rund 1/3 der angeschriebenen Mitglieder nahmen teil. Deutlich wurde der Bedarf der neuapprobierten Kammermitglieder nach Unterstützung bei der Planung der weiteren beruflichen Tätigkeit durch die Kammer als berufliche Selbstverwaltung und der Wunsch nach Austauschmöglichkeiten mit den älteren Berufsangehörigen.

3.3.1 Vernetzung mit anderen Akteuren

Die PTK NRW war in den Jahren 2005 bis 2009 in folgenden Gremien vertreten:

- Kommunale Gesundheitskonferenzen (Aachen, Dortmund, Duisburg, Düren, Düsseldorf, Erftkreis, Lippe-Kreis)
- Regionale Bündnisse gegen Depression (Aachen, Düsseldorf, Duisburg)
- Vorbereitender Ausschuss der Landesgesundheitskonferenz
- Arbeitsgemeinschaft der Heilberufskammern
- Arbeitsgemeinschaft Qualitätsentwicklung Brustzentren des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW
- Landesfachbeirat für den Rettungsdienst
- Expertenkommission „Kinderschutz“ der Landesregierung NRW zur Begleitung des „Handlungskonzepts der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz in NRW“
- Kommission Transplantationsmedizin
- Programmbegleitende AG Sucht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (PBAG) (2003 bis 2006)
- Steuerungsgruppe Landeskonzept gegen Sucht (seit 2008)
- Präventionskonzept Nordrhein-Westfalen – eine Investition in Lebensqualität, Lenkungsgremium der Landesinitiative „Prävention von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter“
- Runder Tisch gegen genitale Beschneidung von Mädchen und Frauen

3.4 Zukunft der Psychotherapieausbildung

Die gemeinsame Forderung der Landespsychotherapeutenkammern und der BPTK nach einem Masterabschluss als Grundlage des Psychotherapeutenberufs auch für KJP wurde 2006 bei einer Beratung mit den Ausbildungsinstituten in NRW vorgestellt und stieß auf breite Zustimmung. Der Verband der Ausbildungsinstitute in NRW wandte sich daraufhin mit einem Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit und Landesministerium, in dem diese Forderung ebenfalls erhoben wurde.

Im Frühjahr 2007 wurde in Zusammenarbeit mit den Ausbildungsstätten in NRW eine Umfrage zur Nachwuchssituation durchgeführt. Danach gab es zu diesem Zeitpunkt in NRW 35 anerkannte Ausbildungsstätten (24 für PP und 11 für KJP). Ende 2005 befanden sich 1.417 Teilnehmer in einer Psychotherapieausbildung, davon 1.076 zum PP und 341 zum KJP.

In einem Gespräch mit den Ausbildungsstätten im Mai 2007 wurde zwischen Kammer und Vertretern der Ausbildungsstätten die Situation der Ausbildungsteilnehmer ausführlich erörtert. Die Ausbildungsstätten erklärten sich bereit, ein Forum für den Informationsaustausch und die Organisation einer Interessensvertretung der Ausbildungsteilnehmer in NRW zu organisieren und die Ausbildungsteilnehmer finanziell bei der Teilnahme an diesem Forum zu unterstützen. Im Februar 2008 fand eine von den Ausbildungsstätten organisierte Zusammenkunft der Sprecher der Ausbildungsstätten statt, bei dem auch die Sprecher für die NRW-Ausbildungsstätten als

PiA-Vertretung NRW gewählt wurden. Zwischen PTK NRW und PiA-Vertretung NRW fanden regelmäßige Gespräche statt, die Beteiligung der Sprecher der PiA-Vertretung an Gremiensitzungen der Kammer wird von der Kammer finanziert. Die Sprecher der PiA-Vertretung nahmen im Auftrag der PTK NRW an der Bundeskonferenz PiA und deren Unterarbeitsgruppen sowie an den BPtK-Workshops zur Zukunft der Psychotherapieausbildung teil. Anregungen und Wünsche der PiA-Vertretung wurden aufgenommen, und z.B. allen Ausbildungsstätten ein Flyer mit Informationen zum Versorgungswerk zugestellt.

Im Oktober 2007 führte die PTK NRW einen „Tag der Ausbildung“ durch. Aufgrund von Impulsreferaten wurden die Perspektiven der Psychotherapieausbildung auf dem Hintergrund des Bologna-Prozesses diskutiert. Im Vordergrund standen dabei insbesondere die problematische Situation in der praktischen Tätigkeit sowie die Überlegungen des Vorstands zum Modell einer Direktausbildung. Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse, auch bei den Vertretern anderer Landespsychotherapeutenkammern und den Verbänden der Ausbildungsstätten. Die in dieser Veranstaltung aufgeworfenen Fragen wurden in verschiedenen Gremien mit den Ausbildungsstätten, den Fachgesellschaften und der BPtK weitergeführt und führten u.a. zum Aufgreifen des Themas in einer Workshopreihe der BPtK.

Zur Frage des berufs-, sozial- und haftungsrechtlichen Status der Ausbildungsteilnehmer in der praktischen Ausbildung fand auf Initiative des Kammervorstands am 07.02.2008 eine Beratung mit Vertretern der Ausbildungsstätten, unter Einbeziehung der Justitiare, statt.

Weiter wurde am 07.03.2008 ein Workshop „Kompetenzprofile“ mit Vertretern der Ausbildungsstätten durchgeführt, mit der Fragestellung „Welche Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten erfordert die Tätigkeit eines Psychotherapeuten?“.

In diesem Workshop wurde die Einrichtung einer kleineren Arbeitsgruppe zur Weiterbearbeitung des Themas vereinbart. Dies geschah in Form der Berufung einer Kommission „Ausbildung“, die seit 2008 das Thema „Zukunft der Psychotherapieausbildung“ bearbeitet. Im Mittelpunkt standen Fragen zu den in der praktischen Tätigkeit zu erwerbenden Erfahrungen und Kompetenzen sowie den dafür erforderlichen Voraussetzungen. Zur Unterstützung der Kommissionsarbeit führte das Institut für Gesundheitsförderung und Versorgungsforschung in Bochum (IGV-Bochum) zum Thema der Rolle von Psychotherapeuten in der Versorgung in anderen europäischen Ländern eine Recherche durch. Recherchiert wurde die Versorgung auf dem Gebiet der Psychotherapie im europäischen Ausland hinsichtlich der Fragestellungen: „Wo findet Psychotherapie statt?“ und „Welche Qualifikationen haben Psychotherapeuten?“ sowie: „Wie wird Psychotherapie finanziert?“. Die Ergebnisse wurden auf der 23. Kammerversammlung am 27.03.2009 vorgestellt.

Für das Panel zum Forschungsgutachten am 28.01.2009 in Berlin wurden in Abstimmung mit der Kommission Ausbildung Kurzstellungnahmen zu zwei Themen erarbeitet und vorgetragen.

Die PiA-Vertretung NRW nahm ebenfalls am Panel teil und trug ihre Stellungnahmen vor.

Der Vorstand beteiligte sich an der zweiten Delphi-Befragung im Rahmen des Forschungsgutachtens und wandte sich zusätzlich mit einem kritischen Schreiben zur Fragestellung und Auswertung an die Forschergruppe. Insbesondere wird in diesem Schreiben gefordert, dass bei der Darstellung der Antworten erkennbar sein sollte, welche Antworten von welcher Befragten- bzw.

Expertengruppe stammen, also z.B. erkennbar ist, ob es deutliche Unterschiede zwischen den Antworten z.B. der Ärzteverbände/Kammern bzw. der Psychotherapeutenkammern gibt.

Weiterhin wurden Gespräche mit den zuständigen Ministerien über die Voraussetzungen der Akkreditierung von Studiengängen, die zum Zugang zur Psychotherapieausbildung berechtigen, geführt. Weitere Gespräche mit dem Ziel der Beteiligung von Vertretern der Kammer an der Akkreditierung sind bereits terminiert.

3.5 Fortbildung

Im Zeitraum 2005 bis 2009 wurde eine Vielzahl an Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themenbereichen durchgeführt, die z.T. gemeinsam mit anderen Kooperationspartnern (PSZ, Ärztekammer Nordrhein) mehrfach in jeweils darauf folgenden Jahren wiederholt wurden. Das Fortbildungsprogramm für 2008 und 2009 wurde in Kooperation mit der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz erstellt. Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt bzw. stehen noch in 2009 an:

- Verfahrens- und Rechtsfragen für niedergelassene Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen (2005, 2006, 2007)
- Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen (2006, 2007, 2008, 2009)
- Einführung in die Akut-Versorgung/Notfallpsychotherapie (2006)
- Gemeinsamer Kongress der PTK NRW und des BVKJ „Prävention bei Kindern aus Hochrisikofamilien“ (2006)
- Psychotherapie bei Frauen und Männern in der zweiten Lebenshälfte (2006, 2007)
- Case Management und Psychotherapie: Fallführung kranker Kinder, Jugendlicher und Erwachsener im Gesundheitswesen (2006)
- Sachverständige in Strafrechtsverfahren. Aufgaben, Rechte und Pflichten des Gutachters, Gutachtenerstellung vor Gericht (2006, 2007, 2008, 2009)
- Informationsveranstaltungen zum Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (drei Veransth. 2007)
- Gemeinsame Fachtagung der PTK NRW und KV Nordrhein „Gewalt erkennen – Kindern eine Perspektive geben“ (2007)
- Psychische Auffälligkeiten bei Kindesmisshandlungen und -vernachlässigung (2007)
- Psychotherapie im Krankenhaus (2008)
- Praxisabgabe & Praxisübernahme (2008, 2009)
- Qualitätsmanagement in der Praxis: QEP-Einführungsseminare (2008, 2009)
- Einführung in das Berufsrecht für angestellte PsychotherapeutInnen in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen (2009)
- Als Psychotherapeut in Führung gehen: Kernkompetenzen für Leitungsfunktionen – Einführung mit praktischen Beispielen und Übungen (2009)
- Einführung in das Berufsrecht für niedergelassene PsychotherapeutInnen (2009)

- Neue Versorgungsformen: Psychotherapeutische Kooperationsmöglichkeiten unter dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) (2009)
- Psychotherapie im interkulturellen Setting (2009)
- Konsequenzen des neuen Entgeltsystems für die Psychotherapie in Psychiatrie und Psychosomatik (2009)

Die PTK NRW steht zudem in vertraglicher Kooperation mit dem Hochschulverbund Psychotherapie NRW in der gemeinsamen Ausrichtung des jährlichen Kongresses „Wissenschaft Praxis“:

- 1. Jahreskongress 2005: Schwerpunkte der Tagung waren u.a. die Psychotraumatologie und die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie. Der Kongress war mit 250 Teilnehmern gut besucht.
- 2. Jahreskongress 2006: Die Hauptvorträge bezogen sich auf die Themen Behandlungsansätze der Depression und neuere Entwicklungen in der Körperbildtherapie bei Essstörungen. Der Kongress war mit ca. 250 Teilnehmern gut besucht.
- 3. Jahreskongress 2007: Mit dem Schwerpunktthema „Psychotherapie bei somatischen Erkrankungen“ und dem Sonderworkshop „Psychotherapie - Wie ist ihr Nutzen zu belegen“, in dessen Rahmen sich eine konstruktive Diskussion über eine stärkere Zusammenarbeit von psychotherapeutischen Forschern und Praktikern im Hinblick auf die Durchführung von praxishnahen Studien entwickelte. Der Kongress war mit ca. 250 Teilnehmern gut besucht.
- 4. Jahreskongress 2008: Mit den beiden Schwerpunktthemen „Psychotherapie bei älteren Menschen“ und „Leitlinien in der Versorgung psychischer Störungen“ (am Beispiel der Nationalen Versorgungsleitlinie Depression). Der Kongress war mit über 300 Teilnehmern wieder gut besucht.
- 5. Jahreskongress 2009: Das geplante Schwerpunktthema ist „Sucht“.

Darüber hinaus hat der Hospiz- und Palliativverband NRW Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Ziel der Fortbildung und Supervision der in der Hospiz- und Palliativversorgung tätigen Menschen geäußert. Geplant ist zunächst eine Fortbildungsveranstaltung für Kammerangehörige unter Einbeziehung des Hospiz- und Palliativverbandes, um die in NRW in diesem Bereich tätigen oder interessierten Kammerangehörigen zusammenzuführen. Die Veranstaltung ist für die zweite Jahreshälfte 2009 terminiert.

3.6 Verwaltungsvorschriften und Sachverständigenlisten

Vom PTK NRW-Vorstand wurde 2006 ein Entwurf der Anforderungskriterien für Sachverständige zur Begutachtung in Rückführungsfragen nach dem Aufenthaltsgesetz in Anlehnung an das Curriculum der Bundesärztekammer und den Vorgaben des MAGS NRW erarbeitet und nach Beratung im Ausschuss Fort- und Weiterbildung von der Kammerversammlung verabschiedet. Ein entsprechendes Fortbildungscurriculum wird mit gutem Erfolg gemeinsam mit der Fortbildungsakademie der Ärztekammer Nordrhein durchgeführt. Auf der Liste der Gutachter der PTK NRW wurden bis zum 25.02.2009 vier GutachterInnen als Sachverständige in aufenthaltsrechtlichen Verfahren eingetragen.

Die Verwaltungsvorschrift der PTK NRW zur Benennung von Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten als Leitende Notfallpsychotherapeuten wurde als transparente Rechtsgrundlage für das Führen einer Liste von gemäß den Empfehlungen der BPtK qualifizierten Kammerangehörigen in Zusammenarbeit mit der Kommission „Vorsorgeplanungen für Großschadensereignisse“ erarbeitet und auf der Kammerversammlung am 06.12.2008 einstimmig beschlossen.

Eine gemeinsame Kommission mit der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz erarbeitete Anforderungskriterien für Sachverständige für die Begutachtung in Strafrechtsfragen im Rahmen eines Entwurfs einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift. Diese wurde auf der 19. Kammerversammlung am 27.04.2007 verabschiedet. Bis zum 25.02.2009 wurden 19 Kammerangehörige als Sachverständige zur Begutachtung in Strafrechtsfragen in die Liste aufgenommen.

In die Sachverständigen-Liste nach § 16 Abs. 4 Maßregelvollzugsgesetz (MRVG) NRW wurden bis zum 25.02.2009 30 Kammerangehörige als Sachverständige für Gutachten nach § 16 Abs. 3 MRVG NRW aufgenommen.

3.7 Berufsrecht

Zur Berücksichtigung der Regelungen des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes wurde die Berufsordnung überarbeitet und gleichzeitig weitgehend an die Musterberufsordnung der BPtK angepasst.

Die Anzahl der Beschwerdefälle durch Patienten nimmt über die Jahre zu, was vermutlich mit dem gestiegenen Bekanntheitsgrad der Kammer zusammenhängt. Häufigste Anlässe der Beschwerden betrafen Art und Weise der Behandlung, Honorarstellungen, Verstöße gegen das Abstinenzgebot, Einsichtnahme bzw. Aushändigung von Patientenunterlagen/Therapieberichten, Begutachtungen in familiengerichtlichen Verfahren und Schweigepflicht-Verletzungen. Zusätzlich zu den Beschwerden hat auch die Anzahl an Anfragen von Patienten, insbesondere zum Einsichtsrecht in Dokumentationen, zur zeitgerechten Ausstellung von Bescheinigungen und der Berechtigung von Honorarforderungen erheblich zugenommen.

Der Psychotherapeutische Praxensuchdienst auf der Homepage wird zurzeit entsprechend dem Änderungsbedarf, der aus der Novellierung der Berufsordnung folgte, überarbeitet und aktualisiert. Änderungsbedarf besteht insbesondere in der Ankündigung von Tätigkeitsschwerpunkten, der Angabe von Kooperationen bzw. Anstellungsverhältnissen und zu Nachweisen der Qualifikation für angekündigte Leistungsangebote. Dazu wurde ein Fragebogen entwickelt und an die Praxeninhaber verschickt. Die Erfassung der Rückläufe erfolgt fortlaufend.

Zum Titelschutz gab die PTK NRW 2006 eine juristische Expertise zur Thematik in Auftrag, um ggf. zusätzlich zu zufälligen Abmahnungen im Einzelfall eine systematische Abmahnung der Personen durchführen zu können, die sich in Telefonbüchern, Internet etc. als Psychotherapeuten bezeichnen. In 2008 wurden rund 40 Telefonbuchverlage angeschrieben, um eine richtige berufspolitische Bezeichnung zu erreichen. Mehrere Verlage zeigten sich bereit, bei der Gestaltung der Telefonverzeichnisse mit der PTK NRW zu kooperieren.

4 Kooperationen der PTK NRW

In den Jahren 2005 bis 2009 ging die PTK NRW folgende Kooperationen ein:

- Psychotherapeutenkammer-Informationsverteiler (PTKIV) AG – Kooperation mit der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz
- Kongress „Wissenschaft Praxis“ – Kooperation mit dem Hochschulverbund Psychotherapie NRW, Bochum
- Modellregion für Erziehung in Recklinghausen – Kooperation mit dem Deutschen Richterbund Landesverband NRW, Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Verband Bildung und Erziehung Landesverband NRW, den Universitäten zu Köln und Braunschweig sowie der Stadt Recklinghausen
- EIDHR-Projekt (European Initiative Democracy and Human Rights) (2006-2008) – Kooperation mit dem Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf
- Elektronischer Heilberufsausweis/Elektronische Gesundheitskarte: ARGE Testregion Bochum-Essen
- Institut für Gesundheitsförderung und Versorgungsforschung gGmbH, Bochum (IGV-Bochum)

5 Verwaltung und Mitgliederservice

Fortbildungsverwaltung

Ende 2005 wurde das EDV-System für die Akkreditierung von Fortbildungen fertig gestellt. Seitdem werden jährlich mehr als 1.000 Veranstaltungen bzw. Supervisoren/Selbsterfahrungsleiter akkreditiert und in Datenbanken auf der Homepage veröffentlicht.

Im Juni 2008 fand eine Informationsveranstaltung für interessierte Veranstalter über die Voraussetzungen für die Akkreditierung von Fortbildungsveranstaltern statt. Es wurde über rechtliche Anforderungen der Fortbildungsordnung und die technischen Abläufe informiert. Bisher wurde mit der KV Nordrhein hinsichtlich der Qualitätszirkel sowie mit einem weiteren Veranstalter ein Vertrag über die Akkreditierung als Veranstalter geschlossen.

Die PTK NRW entwickelte einen elektronischen Psychotherapeutenkammer-Informationsverteiler (PTKIV), über den mit einer einheitlichen Fortbildungsnummer auch für Psychotherapeuten die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen elektronisch erfasst werden kann. Die erste Version wurde im Juli 2006 fertig gestellt. Mit der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz wurde ein Vertrag über den gemeinsamen Betrieb dieses Systems geschlossen, das seit 2007 auch bei der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz installiert ist. Die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft PTKIV liegt für die Jahre 2007-2009 bei der PTK NRW, die Betriebskosten von PTKIV werden nach Mitgliederzahl zwischen den beiden Kammern aufgeteilt.

Bereits zu Beginn des Jahres 2007 wurden Fortbildungsausweise und Barcodeklebeetiketten von der PTK NRW und der LPK Rheinland-Pfalz an die jeweiligen Kammermitglieder verschickt.

Das für die Erfassung notwendige Programm können die Veranstalter kostenlos von der PTKIV-Website herunterladen. Seit dem letzten Jahr erfolgt in höherem Ausmaß die Übermittlung von Teilnehmerlisten mit Barcodeetiketten durch die Veranstalter und die elektronische Erfassung der Teilnehmerlisten in der Kammergeschäftsstelle. Die elektronische Übermittlung von Veranstaltungen der Ärztekammern ist infolge der mangelnden Bereitschaft der Bundesärztekammer zur Einrichtung einer Schnittstelle zum EIV der Ärztekammern bisher nicht möglich gewesen.

Anschließend wurde eine eigene Datenbank zur Erfassung von Fortbildungsveranstaltungen, das elektronische Fortbildungskonto, entwickelt. Seit dem Sommer 2007 wurden zunächst die zugelassenen Kammerangehörigen sukzessive angeschrieben und um Einreichung der seit 2004 gesammelten Teilnahmebescheinigungen von Fortbildungsveranstaltungen gebeten.

Ein Online-Zugang zum Fortbildungskonto wurde auf der Homepage der PTK NRW 2008 frei geschaltet, sodass jedes Mitglied online ein Fortbildungskonto beantragen und seinen Punktestand einsehen kann. Dieser Zugang wird rege genutzt.

Mit den beiden Kassenärztlichen Vereinigungen wurde vereinbart, dass die Daten über die Ausstellung des Zertifikats elektronisch übermittelt werden. Dies geschieht inzwischen regelmäßig in vierwöchentlichem Abstand.

Tag der Neuapprobierten

Für die in den Jahren 2007 und 2008 neuapprobierten Kammerangehörigen fand am 14.03.2009 eine Informationsveranstaltung statt. Themen waren Aufgaben und Struktur der Kammer, berufliche Rechte und Pflichten, Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigungen und Mitgliedschaft im Versorgungswerk. Mehr als ein Drittel der angeschriebenen Kammerangehörigen nahmen teil. Besonders bestand Interesse und Bedarf hinsichtlich konkreter Informationen und Austauschmöglichkeiten zur Ausgestaltung der Berufstätigkeit. Die Veranstaltung soll zukünftig jährlich jeweils für die neu approbierten Kammerangehörigen stattfinden

Anzeigenbörse für Mitglieder

Im Juni 2007 wurde als weiterer Service der PTK NRW eine Anzeigenbörse auf der Homepage frei geschaltet. So können Kammerangehörige gezielt KollegInnen erreichen, wenn sie z.B. Nachfolger oder Jobsharingpartner suchen.

Elektronischer Heilberufsausweis

Die PTK NRW ist Mitgesellschafter bzw. Vertragspartner der Arbeitsgemeinschaft Elektronischer Heilberufsausweis/elektronische Gesundheitskarte NRW und an der Umsetzung der verschiedenen Teststufen in der Modellregion Bochum/Essen beteiligt. Die Verträge der Testregion Bochum/Essen mit der Gematik wurden im März 2006 unterzeichnet. 2007 hat in der Modellregion die Testung der elektronischen Gesundheitskarte im Rahmen des 10.000er-Tests begonnen, allerdings wegen der fehlenden technischen Voraussetzungen auf Seiten der BPtK ohne Psychotherapeuten.

Um den elektronischen Heilberufsausweis (HBA) für Psychotherapeuten dennoch testen zu können und vor dem Hintergrund der Anforderungen an die elektronische Abrechnung bei Selektivverträgen mit den Kassen, hat der PTK NRW-Vorstand entschieden, mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein bei deren Projekt e-online-Abrechnung, bei dem der HBA bereits vorab zum Einsatz kommen soll, zu kooperieren. Deutlich wurde im Rahmen dieses Projektes, dass eine Übernahme des HBA von der Ärztekammer aus rechtlichen und technischen Gründen nicht sinnvoll und möglich ist. Im September 2008 wurde die Konzession zur Ausgabe der ersten elektronischen Psychotherapeutenausweise vergeben. Zur Teilnahme an dem Projekt haben sich endgültig 88 Psychotherapeuten angemeldet, an die Ausweise auszugeben sind. In diesem Rahmen wird geprüft, inwieweit die Psychotherapeuten auch bei der Übermittlung von Arztbriefen beteiligt werden können. Die Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Ausgabe des Ausweises durch die BPtK und die Herstellerfirma DGN verlief bislang plangemäß. Bisher wurden die am Projekt beteiligten Psychotherapeuten zweimal angeschrieben, ein Workshop zur Beantragung des Ausweises wurde bereits durchgeführt, ein weiterer ist terminiert. Voraussichtlich kann die Ausgabe der ersten Ausweise planmäßig im Juni/Juli 2009 erfolgen.

Beitragsordnung/Gebührenordnung

Aufgrund der Rechtsprechung in anderen Bundesländern und der Mitteilungen der Gerichte im Rahmen der in NRW anhängigen Verfahren wurde eine stärkere Differenzierung der Beitragsordnung im Hinblick auf die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungskraft der Kammerangehörigen erforderlich. Ein Entwurf für eine entsprechende Novellierung der Beitragstabelle wurde erarbeitet und mit dem Finanzausschuss beraten. Die novellierte Beitragsordnung wurde auf der 19. Kammerversammlung am 27.04.2007 beschlossen. Damit verbunden war eine Erhöhung des Regelbeitrags auf 350 Euro. In der gleichen Kammerversammlung wurde die Gebührenordnung an den aktuellen Bedarf (Fortbildungsverwaltung) der Weiterbildungsordnung angepasst. Infolge des Bürokratieabbaugesetzes NRW ist gegen Beitrags- und Gebührenbescheide sowie gegen Bescheide zur Fortbildungsanerkennung kein Widerspruch mehr möglich. Das Verwaltungsverfahren musste daher in all diesen Bereichen entsprechend angepasst werden. Im Jahr 2008 waren erstmals 1.023 Anträge auf Beitragsermäßigung nach der neuen Beitragsordnung zu bearbeiten, ca. 2/3 wurden positiv beschieden.

Berufshaftpflicht

Seit 2006 besteht die gesetzliche Verpflichtung zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung. Die Erklärungen dazu wurden 2006 erstmals von allen Kammerangehörigen eingefordert und werden seither nach Bedarf aktualisiert.

6 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Zur Information der Mitglieder wurde im letzten Vierteljahr in 2005 ein Mitglieder mailing verschickt, 2006 wurden vier Mitgliederinformationen verschickt, und 2007 und 2008 je fünf Mitgliederinformationen. Gegenstand der Mitgliederinformationen sind vor allem Informationen zu praktischen Fragen der Berufsausübung. Zur weiteren Information der Kammermitglieder wurden kontinuierlich aktuell relevante Informationen als WebNews auf der Homepage eingestellt.

Im Psychotherapeutenjournal erschienen vier Mal im Jahr die PTK NRW-Kammerseiten, darin wird vor allem aus den Kammerversammlungen berichtet.

Erstmalig wurde im zweiten Quartal 2006 der PTK-Newsletter aufgelegt, der in kurzer prägnanter Form über wichtige Neuigkeiten für Psychotherapeuten in NRW informiert. Der PTK-Newsletter wurde danach jährlich mit vier Ausgaben ausgegeben. Er wird zusammen mit dem BPtK-Newsletter an die Kammerangehörigen sowie an die relevanten Akteure in Politik und Gesundheitswesen verschickt.

Die Patientenratgeber „Depressive Kinder und Jugendliche“ und „Wege zur Psychotherapie“ wurden Ende Dezember 2005 herausgegeben, der Ratgeber „In den besten Jahren“ erschien 2007. Bis zum 19.03.2009 wurden insgesamt 22.263 der Flyer an 450 Besteller abgegeben, darunter ein Großteil an Kliniken, Beratungsstellen und Behörden.

Im Zeitraum 2005 bis 2008 fanden zu folgenden Anlässen Pressekonferenzen statt:

- 24.02.2005: Tagung „Wieviel Krankenhaus braucht der Maßregelvollzug?“, Essen
- 17.02.2006: Kongress „Prävention bei Kindern aus Hochrisikofamilien“, gemeinsam mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte Landesverband Nordrhein, Dortmund
- 20.11.2006: Auftaktveranstaltung zum Projekt „Modellregion für Erziehung in Recklinghausen“ am internationalen Tag der Kinderrechte, gemeinsam mit dem Deutschen Richterbund Landesverband NRW, Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Verband Bildung und Erziehung Landesverband NRW und der Stadt Recklinghausen, Recklinghausen
- 28.03.2007: Fachtagung „Gewalt erkennen – Kindern eine Perspektive geben“, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Düsseldorf
- 26.02.2008: „Tag der Folteropfer“, gemeinsam mit dem Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf, Düsseldorf

7 Kammermitglieder in Zahlen

Die Psychotherapeutenkammer NRW ist mit 7.400 Kammerangehörigen die mitgliederstärkste Landespsychotherapeutenkammer in der Bundesrepublik. Der Frauenanteil beträgt 65 %. Der Mitgliederstand hat von 6.800 Kammerangehörigen in 2004 auf 7.400 Kammerangehörige in 2009 zugenommen.

Die Altersverteilung der Kammermitglieder ist wie folgt:

In der Altersklasse der bis 40-Jährigen befinden sich 11 % der Kammermitglieder, in der Altersklasse der 41- bis 50-Jährigen 35 %, in der Altersklasse der 51- bis 60-Jährigen 40 % und in der Altersklasse der 61- bis 68-Jährigen sowie Älteren 14 %.

Eine Approbation als Psychologischer Psychotherapeut liegt für 82 % der Kammerangehörigen vor, eine Approbation als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut für 27 %. Der Anteil der doppelt approbierten Kammerangehörigen beträgt 9 %.

7.1 Mitglieder der Kammerversammlung (Wahlperiode 2005-2009)

Die Mitglieder der Kammerversammlung setzten sich nach folgenden Fraktionen zusammen:

Fraktion Analytiker (10 Mitglieder)

- *Vorsitzender*
Hermann Schürmann
- *Stellvertreterin*
Ulrike Moths
- *Weitere Fraktionsmitglieder*
Nicola Dießelberg
Dr. Paul Dohmen
Angelika Enzian
Markus Körner
Dr. Reinholde Kriebel
Johannes Petri
Georg Schäfer
Ferdinand von Boxberg

Fraktion AS (6 Mitglieder)

- *Vorsitzender*
Wolfgang Schreck
- *Stellvertreterin*
Veronika Mähler-Dienstuhl
- *Weitere Fraktionsmitglieder*
Johannes Broil
Wolfgang Heiler
Dr. Wolfgang-Friederich Schneider
Dr. Holger Wyrwa

Fraktion Bündnis KJP (6 Mitglieder)

- *Vorsitzender*
Matthias Fink
- *Stellvertreter*
Bernhard Moors
- *Weitere Fraktionsmitglieder*
Ulla Bärwinkel-Lembke
Karl-Wilhelm Hofmann
Hermann Maaß
Klaus Malzahn

Fraktion Kooperative Liste (17 Mitglieder)

- *Vorsitzender*
Dr. Heribert Joisten
- *Stellvertreter*
Andreas Pichler
- *Weitere Fraktionsmitglieder*
Petra Baumann-Frankenberger
Gabriele Fischer
Dr. Wolfgang Groeger
Gebhard Hentschel
Maria Hoyer
Dr. Helga Hüsken-Janßen
Monika Konitzer
Barbara Lubisch
Rita Nowatius
Susanne Pickel
Dr. Andreas Soljan
Dr. Karl Stricker
Dr. Walter Ströhm
Sabine Unverhau
Olaf Wollenberg

Fraktion OWL/LUST (6 Mitglieder)

- *Vorsitzender*
Andreas Wilser
- *Stellvertreter*
Peter Merschmann
- *Weitere Fraktionsmitglieder*
Ulrike Kunkel
Marianne Lemke
Rolf Mertens
Dr. Hermann Mündelein

Qualität durch Methodenvielfalt (QdM) (14 Mitglieder)

- *Vorsitzender*
Gerd Hoehner
- *Stellvertreter*
Wolfgang Dube

- *Weitere Fraktionsmitglieder*

Michael Bay
Alfons Bonus
Dorothea Dewald
Susanne Egerding
Hans-Jürgen Eilers
Karl-Otto Hentze
Uta Meiß
Anni Michelmann
Sigrid Müller-Hoogen
Eva Ellinghaus
Peter Schott
Dr. Sabine Trautmann-Voigt

VPP (7 Mitglieder)

- *Fraktionsvorsitzender*
Peter Müller-Eikermann
- *Stellvertreter*
Hans Schumacher
- *Weitere Fraktionsmitglieder*
Norbert Häcker
Ulrich Meier
Winfried Schmidt
Hans-Werner Stecker
Gerhild von Müller

7.1.1 Veröffentlichung der Auskünfte der Kammerversammlungsmitglieder gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW

Die Mitglieder der Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer NRW sind gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW verpflichtet, der Präsidentin bestimmte gesetzlich festgelegte Auskünfte zu erteilen und diese zu veröffentlichen. Zu den einzelnen Kammerversammlungsmitgliedern sind die erteilten Angaben der im Anhang 2 aufgeführten Tabelle zu entnehmen.

7.2 Mitglieder des Vorstands (Wahlperiode 2005-2009) – gewählt am 17.09.2005

Der Vorstand umfasste fünf Mitglieder:

- *Präsidentin*
Monika Konitzer

- *Vizepräsident*
Karl-Wilhelm Hofmann
- *Beisitzer*
Dr. Wolfgang Groeger
Johannes Broil
Ferdinand von Boxberg

7.3 Delegierte der Psychotherapeutenkammer NRW zum Deutschen Psychotherapeutentag (Wahlperiode 2005-2009) – gewählt am 17.09.2005

Als Delegierte der PTK NRW zum Deutschen Psychotherapeutentag wurden folgende Mitglieder gewählt:

Fraktion Analytiker

- *Delegierte*
Hermann Schürmann
Johannes Petri
Ferdinand von Boxberg
- *Stellvertreter*
Nicola Dießelberg
Dr. Paul Dohmen
Angelika Enzian
Markus Körner
Dr. Reinholde Kriebel
Ulrike Moths
Georg Schäfer

Fraktion AS

- *Delegierte*
Dr. Wolfgang-Friedrich Schneider
Wolfgang Schreck
- *Stellvertreter*
Veronika Mähler-Dienstuhl
Johannes Broil
Wolfgang Heiler
Dr. Holger Wyrwa

Bündnis KJP

- *Delegierte*
Karl-Wilhelm Hofmann
Matthias Fink
- *Stellvertreter*
Bernhard Moors
Ulla Bärwinkel-Lembke
Hermann Maaß
Klaus Malzahn

Kooperative Liste

- *Delegierte*
Dr. Wolfgang Groeger
Dr. Heribert Joisten
Monika Konitzer
Dr. Walter Ströhm
Sabine Unverhau
Barbara Lubisch (zum 30.09.2008)
- *Stellvertreter*
Andreas Pichler
Petra Baumann-Frankenberger
Gabriele Fischer
Gebhard Hentschel
Maria Hoyer
Dr. Helga Hüskén-Janßen
Barbara Lubisch
Rita Nowatius
Andreas Pichler
Susanne Pickel
Dr. Andreas Soljan
Dr. Karl Stricker
Olaf Wollenberg

OWL/LUST

- *Delegierte*
Andreas Wilser
Rolf Mertens

- *Stellvertreter*
Peter Merschmann
Ulrike Kunkel
Marianne Lemke
Peter Merschmann
Dr. Hermann Mündelein

Qualität durch Methodenvielfalt (QdM)

- *Delegierte*
Gerd Hoehner
Karl-Otto Hentze
Anni Michelmann
- *Stellvertreter*
Wolfgang Dube
Michael Bay
Alfons Bonus
Dorothea Dewald
Susanne Egerding
Hans-Jürgen Eilers
Uta Meiß
Sigrid Müller-Hoogen
Eva Ellinghaus
Peter Schott
Dr. Sabine Trautmann-Voigt

VPP

- *Delegierte*
Ulrich Meier
Hans Schumacher
- *Stellvertreter*
Norbert Häcker
Peter Müller-Eikermann
Winfried Schmidt
Hans-Werner Stecker
Gerhild von Müller

7.4 Vertreter der Psychotherapeutenkammer NRW in Gremien der Bundespsychotherapeutenkammer (Wahlperiode 2005-2009)

Folgende Vertreter der Psychotherapeutenkammer NRW waren in Gremien der Bundespsychotherapeutenkammer tätig:

- **Vorstand**
Monika Konitzer, Vizepräsidentin
- **Ausschuss Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie**
Rolf Mertens
Wolfgang Schreck
- **Ausschuss Psychotherapie in Institutionen**
Johannes Broil
Wolfgang Dube
- **Finanzausschuss**
Gerd Hoehner
- **Kommission Zukunft der Krankenhausversorgung**
Hermann Schürmann
Hans-Werner Stecker

7.5 Nichtrichterliche Beisitzer der Berufsgerichte für Heilberufe (Wahlperiode 2005-2009)

Als nichtrichterliche Beisitzer der Berufsgerichte für Heilberufe waren tätig:

- **Berufsgericht Münster**
 1. Dr. (TR) Mehmet Toker
Vertreter: Josef Rath
 2. Dr. Karl Stricker
Vertreterin: Gabriele Krämer

8 Ausschuss- und Kommissionsarbeit

8.1 Ausschüsse (Wahlperiode 2005-2009) – gewählt am 17.09.2005 und 10.12.2005

In der Wahlperiode 2005 bis 2009 waren die im Folgenden aufgeführten Ausschüsse tätig:

Finanzausschuss

Folgende Mitglieder wurden am 17.09.2005 in den Finanzausschuss gewählt:

- *Vorsitzender*
Gerd Hoehner

- *Weitere Mitglieder*
Johannes Petri
Wolfgang Schreck
Bernhard Moors
Dr. Karl Stricker
Alfons Bonus
Hans-Werner Stecker
- *Stellvertretende Mitglieder*
Georg Schäfer
Dr. Wolfgang-Friedrich Schneider
Matthias Fink
Dr. Andreas Soljan
Dr. Hermann Mündelein
Karl-Otto Hentze
Uschi Gersch

Dem Finanzausschuss wurden von der 17. Kammerversammlung am 01.04.2006 insbesondere die Aufgaben Beratung bei der Aufstellung des Haushaltsplans und Beratung der Jahresrechnung sowie Beratung des Vorstands und der Kammerversammlung hinsichtlich Beitragsordnung, Gebührenordnung und Entschädigungsordnung, Mitwirkung bei der Bestellung der Rechnungsprüfer erteilt.

Fort- und Weiterbildungsausschuss

Folgende Mitglieder wurden am 10.12.2005 in den Fort- und Weiterbildungsausschuss gewählt:

- *Vorsitzende*
Sabine Unverhau
- *Stellvertretende Vorsitzende*
Anni Michelmann
- *Weitere Mitglieder*
Dr. Paul Dohmen
Dr. Wolfgang-Friedrich Schneider
Benedikta Enste
Christa Meder-Kirchner
Hans Schumacher
- *Stellvertretende Mitglieder*
Georg Schäfer
Jürgen Kuhlmann
Fricka Wankmüller
Dr. Andreas Soljan
Karl-Otto Hentze
Ulrich Meier

Dem Fort- und Weiterbildungsausschuss wurden von der 17. Kammerversammlung am 01.04.2006 insbesondere die Aufgaben

- Vorlage eines Entwurfs für eine Weiterbildungsordnung (unter Darstellung von Entscheidungsalternativen bzw. Sondervoten zu unklaren oder strittigen Aspekten),
- Weiterentwicklung und Anpassung der Fortbildungsordnung erteilt.

Satzungs- und Berufsordnungsausschuss

Folgende Mitglieder wurden am 10.12.2005 in den Ausschuss Satzung und Berufsordnung gewählt:

- *Vorsitzende*
Gerhild von Müller
- *Weitere Mitglieder*
Hermann Schürmann
Veronika Mähler-Dienstuhl
Hermann Maaß
Gebhard Hentschel
Peter Merschmann
Stephan Hüßon
- *Stellvertretende Mitglieder*
Nicola Dießelberg
Dr. Holger Wyrwa
Dieter Wittchow
Andreas Pichler
Sigrid Müller-Hoogen
Inka Saldecki-Bleck

Dem Ausschuss Satzung und Berufsordnung wurden von der 17. Kammerversammlung am 01.04.2006 insbesondere die Aufgaben Beratung der Kammerversammlung hinsichtlich des Anpassungsbedarfs von Satzung und/oder Berufsordnung erteilt. Die Beratungsgegenstände sollten durch den Juristen der Kammer mit vorbereitet sein, er soll zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Ausschuss Psychotherapie in der ambulanten Versorgung

Folgende Mitglieder wurden am 10.12.2005 in den Ausschuss Psychotherapie in der ambulanten Versorgung gewählt:

- *Vorsitzende*
Angelika Enzian
- *Stellvertretende Vorsitzende*
Barbara Lubisch

- *Weitere Mitglieder*
Susanne Pickel
Klaus Malzahn
Andreas Wilser
Karl-Otto Hentze
Uschi Gersch
- *Stellvertretende Mitglieder*
Ulrike Moths
Jürgen Kuhlmann
Bernhard Moors
Olaf Wollenberg
Ulrike Kunkel
Anni Michelmann
Ulrich Meier

Dem Ausschuss Psychotherapie in der ambulanten Versorgung wurden von der 17. Kammerversammlung am 01.04.2006 insbesondere die Aufgaben

- Beschreibung und Darstellung der von niedergelassenen Psychotherapeuten zu erbringenden Leistungen (unter Einschluss Prävention, Rehabilitation, konsiliarischer Leistungen, Gutachten, Beratungen etc.) als Grundlage für die Erarbeitung einer angemessenen Entgeltstruktur (Gebührenordnung),
- Beratung von Konzepten zu Schnittstellen/Nahtstellen zwischen ambulanter und stationärer Behandlung und Behandlungspfaden im Bereich Depression (im Zusammenhang mit den Aktivitäten der wiss. Referenten und der Vorstandsbeauftragten für Bündnis Depression),
- Beratung und Entwicklung von Konzepten zur angemessenen Bedarfsplanung und Versorgung im Bereich der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung (u.a. MVZ, IV)

erteilt.

Der Bericht des Ausschusses Psychotherapie in der ambulanten Versorgung vor der 23. Kammerversammlung am 27. März 2009 wird im Folgenden wiedergegeben:

In der Legislaturperiode 2005-2009 hat der Ausschuss folgende Themen behandelt und die Arbeitsergebnisse dem Vorstand der Psychotherapeutenkammer NRW zugeleitet:

- *Vision 2015*: Überarbeitung und Weiterleitung des Tätigkeitsprofils von PP und KJP.
- *Methodenpapier des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie*: Diskussion und Stellungnahme des Ausschusses zum Methodenpapier des Wissenschaftlichen Beirats Psychotherapie; Schreiben an die Präsidentin, sich für eine Verschiebung der Beschlussfassung zum Methodenpapier zu engagieren.
- *Psychotherapie-Richtlinien*: Schreiben an den Kammervorstand bzgl. der Beschlussvorlage zur Änderung der Psychotherapie-Richtlinien durch den Gemeinsamen Bundesausschuss und bzgl. der Stellungnahme der BPtK dazu.
- *Psychotherapeutenkammer NRW*: Einsatz für die Beibehaltung dieses Namens.

- *Honorarsituation*: Schreiben an den Vorstand bzgl. Punktwertverfall insbesondere der nicht-genehmigungspflichtigen Leistungen, KBV-Planung zur Honorarreform.
- *Berichtspflicht* bei Beginn und Ende einer PT, Einsatz für Erhalt des Erstzugangs.
- *TK-Studie*: „Qualitätsmonitoring in der ambulanten Psychotherapie“, Anregung zum Vortrag von Herrn Dr. Ruprecht (Techniker Krankenkasse) vor der Kammerversammlung.
- *Sicherstellung der ambulanten Versorgung*: KVWL drohte Teilzeit-Praxen mit Zulassungsentzug, Unterstützung der Forderung einer 20 % Quote für KJP.
- *Vertragsarztrechtsänderungsgesetz*: neu: Berufsausübungsgemeinschaften und Zweigpraxen auch überörtlich in ganz D (Herr Bellen und Herr von der Osten, KVWL).
- *Neue Versorgungsformen*: Chancen und Risiken, Med. Versorgungszentren, Selektivverträge mit Krankenkassen zur Integrierten Versorgung best. Störungsbilder, Möglichkeiten regionaler Kooperationsverträge (Dr. Michael Müller aus Bielefeld) zur Überwindung von Schnittstellen zwischen ambulantem und stationärem Sektor, Anregung an den Vorstand zur Durchführung von Informationsveranstaltungen.
- *Telefonverzeichnisse*: Eintrag der PP/KJP unter entspr. Rubrik in Kammerschrift, Anregung an den Vorstand die Telefonbuchverlage anzuschreiben, Anregung an die Kammermitglieder in ihrer Region die Einträge in den Telefonbüchern zu verbessern.
- *Praxiswertermittlung*: Empfehlungen bei Praxisabgabe bzw. Praxisübernahme, Diskussion von Berufsausübungsgemeinschaften bzw. Verkauf einer halben Praxis.
„Kooperation und Verantwortung“ – Diskussion des Sachverständigengutachtens, Zusammenstellung der regionalen Arbeitskreise und Netze von Psychotherapeuten.
- *Bedarfs- und Versorgungssituation*: „Bericht über psychische Gesundheit“ der EU, Diskussion Plenarsitzungsdokument des Europäischen Parlaments vom 28.1.2009.

Der Ausschuss sieht zurzeit folgende Probleme in der ambulanten Versorgung:

- Jemand, der einen Therapieplatz sucht, erfährt überall Ablehnung; die Wartezeit beträgt nicht selten ein Jahr und mehr.
- Selbst wenn ein Hausarzt eine psychische Störung erkennt und den Patienten zu einer Psychotherapie motivieren kann, gelingt es dennoch nicht, ihn zeitnah in Behandlung zu vermitteln.
- Patienten, die nach einem stationären Aufenthalt eine Weiterbehandlung brauchen, finden keine nahtlos anschließende Therapie.
- Ob Patienten den wirklich passenden (Methode, Spezialisierung) Therapieplatz finden, ist weitgehend dem Zufall überlassen; die Orientierung im ambulanten Bereich ist auch für Fachleute schwierig.
- Krisenintervention ist in der ambulanten Praxis kaum möglich – vor allem im Großschadensfall ist die Versorgung nicht ausreichend organisiert.

Neue Versorgungsformen wie die sektorenübergreifende „Integrierte Versorgung“ für bestimmte Störungsbilder werden politisch gefördert, insbesondere zur Überbrückung von Schnittstellen: Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, Jugendhilfe, Betreutem Wohnen, Familienzentren, Beratungsstellen usw. Behandler haben die Möglichkeit, innerhalb oder außerhalb der KV Einzelverträge mit den Krankenkassen abzuschließen.

Im psychotherapeutischen Bereich wurden Verträge entwickelt bzgl. ADHS, Tinnitus, Depression, Borderline-Persönlichkeitsstörung etc. Es erscheint sinnvoll, Modellprojekte – auch zur Prävention – auf regionaler Ebene zu entwickeln und aktiv mit den Krankenkassen vor Ort zu verhandeln. Die ambulante Versorgung im Bereich Psychotherapie könnte verbessert werden durch eine Anlaufstelle „*Ambulantes Zentrum für psychische Gesundheit*“,

- das für jedermann niederschwellig zugänglich ist (z.B. „Bündnis gegen Depression“),
- das in Bezug auf psychische Probleme eine erste Orientierung und Beratung bietet,
- das themenbezogene Gruppenangebote vorhält bzw. in Gruppen vermittelt,
- das eine erste diagnostische Einschätzung geben kann, bei der Suche nach einem geeigneten Therapieplatz und der Entwicklung von Behandlungspfaden behilflich ist,
- das präventiv Öffentlichkeitsarbeit betreibt, z.B. mit Vorträgen in Kindergärten etc.

Zurzeit werden nur ca. 54 % der möglichen ambulanten Psychotherapie-Leistungen erbracht, da viele niedergelassene Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit arbeiten. Wenn sie sich durchringen würden, einen halben Praxissitz zu verkaufen oder jemanden anzustellen oder (nach Vollausslastung) eine Jobsharing-Gemeinschaftspraxis zu betreiben, könnte die ambulante Versorgung erheblich verbessert werden.

Die größten Probleme der Psychotherapie liegen aber in der zukünftigen Entwicklung: Durch den demografischen Wandel (Überalterung der Gesellschaft) werden im Gesundheitswesen riesige Kosten entstehen, die sowohl von der Allgemeinheit als auch – in zunehmendem Ausmaß – privat zu tragen sind. Infolgedessen werden die Ausgaben für Krankenbehandlung mehr gesteuert und beschränkt werden. Zunächst wird die Primärversorgung gestärkt durch Hausarztverträge, die die Krankenkassen bis Mitte dieses Jahres abschließen müssen.

Von einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung ist die Psychotherapie leider besonders weit entfernt: Es gibt ein starkes Gefälle zwischen Stadt und Land sowie zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Um die ambulante psychotherapeutische Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen, ist eine bessere Vernetzung im Gesundheitssystem dringend erforderlich; Kommunikation und Kooperation zwischen den Berufsgruppen müssen auf der Basis gegenseitiger Achtung gefördert werden. Hier sollte die Psychotherapeutenkammer eine normgebende Rolle übernehmen und ihre Mitglieder aktiv unterstützen.

Ausschuss Psychotherapie in Institutionen

Folgende Mitglieder wurden am 10.12.2005 in den Ausschuss Psychotherapie in Institutionen gewählt:

- *Vorsitzender*
Wolfgang Heiler
- *Stellvertretender Vorsitzender*
Hans-Werner Stecker

- *Weitere Mitglieder*
Markus Körner
Matthias Fink
Wolfgang Schreck
Rolf Mertens
Dorothea Dewald
- *Stellvertretende Mitglieder*
Dr. Reinholde Kriebel
Veronika Mähler-Dienstuhl
Bettina Hoetzel
Dr. Wolfgang-Friedrich Schneider
Marianne Lemke
Wolfgang Dube
Johannes Rocholl

Dem Ausschuss Psychotherapie in Institutionen wurden von der 17. Kammerversammlung am 01.04.2006 insbesondere folgende Aufgaben erteilt:

- Der Ausschuss erstellt in Abstimmung mit dem Vorstand eine Prioritätenliste hinsichtlich folgender Tätigkeitsfelder, die ergänzt werden kann:
 - Novellierung der Krankenhausgesetzgebung, Krankenhausplanung
 - Darstellung und Sicherung psychotherapeutischer Tätigkeit in der Jugendhilfe
 - Psychotherapie in der institutionellen Versorgung von psychisch kranken und behinderten Menschen
 - Psychotherapie in der Psychosomatik
 - Prävention aus institutioneller Sicht
- Zur Bearbeitung einzelner Fragestellungen werden in Abstimmung mit dem Vorstand Kommissionen eingesetzt.

Ausschuss Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen

Folgende Mitglieder wurden am 10.12.2005 in den Ausschuss Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gewählt:

- *Vorsitzender*
Matthias Fink
- *Stellvertretende Vorsitzende*
Marianne Lemke

- *Weitere Mitglieder*
Markus Körner
Veronika Mähler-Dienstuhl
Petra Baumann-Frankenberger
Sigrid Müller-Hoogen
Norbert Häcker
- *Stellvertretende Mitglieder*
Bernhard Moors
Dr. Holger Wyrwa
Ulla Bärwinkel-Lembke
Rita Nowatius
Rolf Mertens
Dr. Sabine Trautmann-Voigt
Petra Eisenhuth

Dem Ausschuss Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen wurden von der 17. Kammerversammlung am 01.04.2006 insbesondere folgende Aufgaben erteilt:

- Vorarbeit zur und Begleitung von einer Studie zur gegenwärtigen Versorgungssituation bei Kindern- und Jugendlichen in NRW bezogen auf die exemplarische Erfassung in einzelnen Regionen (Großstadt, Kleinstadt und ländliche Region). Die Studie soll eine Aussage über notwendige strukturelle Veränderungen machen, um die effektivere Vernetzung von KJP, PP in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern und der Kooperation mit anderen Berufen zu ermöglichen.
- Entwicklung und Unterstützung von psychotherapeutischen Projekten zur Prävention, Früherkennung und Frühinterventionen bei Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten.
- Auseinandersetzung mit den Konsequenzen einer Neuordnung der Studiengänge infolge der Bolognabeschlüsse für die psychotherapeutische Versorgung von Kinder und Jugendlichen. Erarbeitung von Handlungsstrategien.

Der Abschlußbericht des Ausschusses Psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen für die 23. Kammerversammlung am 27. März 2009 wird im Folgenden wiedergegeben:

Mit der konstituierenden Sitzung am 22. April 2006 in Wermelskirchen traf sich der Ausschuss zu 15 Sitzungen in der Geschäftsstelle der Psychotherapeutenkammer NRW in Düsseldorf. Die Kammerversammlungsmitglieder wurden durch die Protokolle der Ausschusssitzungen auf der Homepage der Kammer und die regelmäßigen Berichte des Ausschussvorsitzenden in den Kammerversammlungen über die Arbeit des Ausschusses informiert.

Der Ausschuss erhielt von der Kammerversammlung drei Arbeitsaufträge:

- Vorarbeit und Begleitung einer Versorgungsstudie
- Entwicklung und Unterstützung von Präventionsprojekten
- Auseinandersetzung mit den Konsequenzen einer Neuordnung der Studiengänge

Auftrag A:

„Vorarbeit zur und Begleitung einer Studie zur gegenwärtigen Versorgungssituation bei Kindern und Jugendlichen in NRW bezogen auf die exemplarische Erfassung in einzelnen Regionen (Großstadt, Kleinstadt und ländliche Region).

Die Studie soll eine Aussage über notwendige strukturelle Veränderungen machen, um die effektivere Vernetzung von KJP, PP in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern und der Kooperation mit anderen Berufen zu ermöglichen.“

Der Ausschuss stellte am 17. November 2007 seine Vorstellungen einer zweigliedrigen Versorgungsstudie der Kammerversammlung vor:

- Evaluation psychosozialer und psychotherapeutischer Versorgungsstrukturen in ausgewählten Modellregionen in NRW
- Erstellung eines speziellen Belastungsindex

Ergebnis:

Der Ausschuss konnte im Vorstand und in der Kammerversammlung kein Votum für die Umsetzung des erarbeiteten Konzeptes in NRW bekommen.

In der Bundespsychotherapeutenkammer wurde im letzten Jahr die Einrichtung eines Referates zur Versorgungsforschung beschlossen.

Die gesetzliche Regelung einer Quote von 20 % für Behandler, die ausschließlich Kinder und Jugendliche psychotherapeutisch behandeln, wird die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern – zeigt aber auch die Notwendigkeit einer neuen kleinräumigen Versorgungsplanung auf.

Auftrag B:

Entwicklung und Unterstützung von psychotherapeutischen Präventionsprojekten bei Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten

Ergebnis:

Die Ausschussmitglieder sahen sich nicht in der Lage eigene psychotherapeutische Präventionsprojekte zu entwickeln.

Die Mitglieder informierten sich über aktuelle Projekte und unterstützten nach ihren Möglichkeiten die Projekte „Lars & Lisa“, Modellregion Erziehung in Recklinghausen und die Veranstaltung „Gewalt erkennen – Kindern eine Perspektive geben“ der Kammer gemeinsam mit der KVNO.

Im letzten Jahr legte der Ausschuss eine Stoffsammlung für Aktivitäten der Psychotherapeutenkammer NRW zur Förderung der Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in NRW vor.

Auftrag C:

Auseinandersetzung mit den Konsequenzen einer Neuordnung der Studiengänge infolge der Bolognabeschlüsse für die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, sowie die Erarbeitung von Handlungsstrategien

Ergebnis:

Einigkeit besteht bei allen Ausschussmitgliedern über die Notwendigkeit für einen Masterstudienabschluss vor Beginn der Psychotherapieausbildung – auch zum KJP – einzutreten.

Die konkreten Handlungsstrategien der Ausschussmitglieder fließen über die Funktionsträger und Verbände in die Diskussion ein.

Resümée und Ausblick:

Die Mitglieder des Ausschusses haben sehr viel Zeit und Energie, auch außerhalb der Ausschusssitzungen in die Erarbeitung des Konzeptes zur Versorgungsstudie investiert.

Arbeitsaufträge sollten in Zukunft klarer, auch im Hinblick auf die Ressourcen diskutiert und präziser formuliert werden.

8.2 Vorstandskommissionen (Wahlperiode 2005-2009)

Im Laufe der Amtsperiode wurden sowohl ständige Kommissionen wie auch Kommissionen mit zeitlich und inhaltlich begrenztem Arbeitsauftrag eingerichtet. Folgende Kommissionen waren tätig:

- **Kommission Arbeitstagung Psychotherapie im Krankenhaus** (1. Sitzung: 22.04.2008)
Rolf Mertens
Hermann Schürmann
Hans Werner Stecker
- **Kommission Ausbildung** (1. Sitzung: 09.05.2008)
Dr. Gisela Bartling
Karlfried Hebel-Haustedt
Dagmar Lehmhaus-Wachtler
Dr. Heiner Sasse
Dr. Wolfgang-Friedrich Schneider
Hermann Schürmann
Dr. Walter Ströhm
- **Kommission Anforderungskriterien für Sachverständige in strafrechtlichen Fragen (Forensik)**
Gerhard Bliersbach
Dorothea Dewald
Gerd Hoehner
Gerhard Jacobs
Prof. Dr. Sabine Nowara
Dr. Wolfgang-Friedrich Schneider
- **Kommission Großschadensereignisse** (1. Sitzung: 22.01.2005)
Marion Eckey
Matthias Heidt
Jürgen Schramm
Angelika Vogel-Hilburg
Josef Voßenkaul
Dr. Dieter Wagner
Werner W. Wilk

- **Kommission Klinische Neuropsychologie** (1. Sitzung: 13.01.2009)
Prof. Dr. phil. Siegfried Gauggel
Sabine Unverhau
Dr. rer. medic. Volker Völzke
- **Kommission Maßregelvollzug** (1. Sitzung: 02.10.2002 – Kommission wurde weitergeführt)
Gerhard Bliersbach
Wolfgang Brodd
Dorothea Dewald
Gerd Hoehner
Gerhard Jacobs
Prof. Dr. Sabine Nowara
Dr. Wolfgang-Friedrich Schneider
Monika Konitzer
- **Kommission Psychotherapie im Krankenhaus** (1. Sitzung: 14.02.2008)
Dorothea Dewald
Hermann Schürmann
Rolf Mertens
Dr. Karl Stricker
Monika Konitzer
- **Kommission Psychotherapie in der Jugendhilfe** (1. Sitzung: 31.05.2006)
Monika Bormann
Marianne Lemke
Markus Körner
Wolfgang Schreck
Karl-Wilhelm Hofmann
- **Kommission Psychotherapie in psychiatrischen Institutionen** (1. Sitzung: 18.04.2007)
Dorothea Dewald
Rolf Mertens
Hermann Schürmann
Dr. Karl Stricker
Monika Konitzer

**Bericht zur Wahlperiode
2005 – 2009**

Anhang 1

IGV-Projektverzeichnis 06/2006 – 03/2009



IGV-Projektverzeichnis

06/2006 - 03/2009

Stand: März 2009



Institut für Gesundheitsförderung
& Versorgungsforschung gGmbH

Das IGV Bochum

Das Institut wurde am 08. Juni 2006 gegründet. Gesellschafter des IGV Bochum sind die Psychotherapeutenkammer NRW, Düsseldorf, und die Carina Stiftung, Herford. Die Anerkennung des Instituts als An-Institut der Ruhr-Universität Bochum erfolgte am 14.12.2006. Das Institut verfolgt ausschließlich wissenschaftliche Ziele in der Gesundheitsförderung und der Versorgungsforschung. Das Institut nimmt Aufgaben der

- Forschung und Entwicklung, der
- Anwendung und des Managements sowie der
- Evaluation und Qualitätssicherung

psychosozialer und psychotherapeutischer Versorgung im Gesundheits- und Sozialwesen wahr.

Personell ist das IGV Bochum mit 2 Vollzeitstellen, 2 Halbzzeitstellen sowie 2 wissenschaftlichen Hilfskräften (à 10 h und 15h) besetzt (Stand: 03`09)

Verzeichnis der Projekte des IGV Bochum

Projekt zur sozialmedizinischen Nachsorge in der Pädiatrie

- Wissenschaftliche Begleitung der Konzeption und Erstellung des „Praxishandbuches pädiatrische Nachsorge: Modell Bunter Kreis“ (abgeschlossen in 2006)

Projekte zur psychologisch-psychotherapeutischen Versorgung im Krankenhaus

- Case Management Psychoonkologie: Implementierung psychoonkologischer Leistungen in Kliniken der Akutversorgung in Westfalen-Lippe, NRW (abgeschlossen in 2006)
- Case Management Psychoonkologie: Klinikspezifische Analysen zur Versorgungs- und Dienstleistungsqualität psychoonkologischer Akutversorgung (abgeschlossen in 2007)
- Psychoonkologische Nachsorge: Evaluation des Versorgungsbedarfs in Krebsberatungsstellen (abgeschlossen in 2008)
- Entwicklung eines Dokumentationssystems für die psychosoziale Krebsberatung (abgeschlossen in 2009)
- HWK-Versorgungsstudie: Langzeituntersuchung der Effekte psychoonkologischer Versorgung und Entwicklung von Versorgungsindikatoren für das einrichtungsübergreifende Qualitätsmanagement (laufend)
- Implementierung, Evaluation und Optimierung des strukturierten psychoonkologischen Versorgungsprogramms Case Management Psychoonkologie: A) Untersuchung der Einflussfaktoren auf die Implementierbarkeit strukturierter Versorgungsprogramme in lokalen Einrichtungen des Gesundheitswesens, B) Untersuchung des wirtschaftlichen und

klinischen Nutzens strukturierter psychoonkologischer Versorgungsprogramme in der Versorgungswirklichkeit (laufend)

- Entwicklung und Evaluation der psychokardiologischen Versorgung von Patienten mit Herzerkrankungen (laufend)
- Untersuchung zur Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit psychoonkologischer Versorgung von Krebspatienten mit emotionalen Belastungen: Zusammenhänge von Angst und Depression mit ökonomisch relevanten Kennzahlen des DRG-Systems (laufend)

Projekte zu Adherence/Compliance im stationären und ambulante Versorgungsektor

- Adherence with therapeutic regimes: Förderung der Patientenbeteiligung an medizinischen Behandlungsmaßnahmen durch die ärztliche Fortbildung (abgeschlossen in 2008)
- Evaluation der Patientenbeteiligung an der Stationären Versorgung: Zusammenhänge zwischen der gesundheitsbezogenen Lebensqualität, der Patientenbeteiligung an der medizinischen Behandlung (Patienten- und Pflegebeurteilung) und kostenrelevanten Kennzahlen der medizinisch-pflegerischen Krankenhausbehandlung (abgeschlossen in 2009)
- Therapietreue in der medizinischen Versorgung chronischer Krankheiten: Herzerkrankungen & Bluthochdruck (laufend)

Projekte zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern

- Expertise: Kinder psychisch gestörter Eltern. Instrumente und Strategien zur Früherkennung psychosozialer Belastungen von Kindern psychisch gestörter Eltern (abgeschlossen in 2008)
- Patientenbeteiligung in der ambulanten psychiatrischen Versorgung (abgeschlossen in 2008)
- LARES-Programm „Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern“: Fachliche und Gesundheitspolitische Bewertung des LARES-Programms und Erstellung des LARES-Manuals zur Praxiserprobung (abgeschlossen in 2009)
- LARES-Programmerprobung (laufend)

Projekt zur ambulanten psychiatrisch-psychotherapeutischen Intensivversorgung

- Service Management in der integrierten psychiatrisch/psychotherapeutischen Intensivversorgung (laufend)

gez. M. Kusch

**Bericht zur Wahlperiode
2005 – 2009**

Anhang 2

**Veröffentlichung der Auskünfte der Kammerversammlungsmitglieder
gemäß § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW**

**Veröffentlichung der Auskünfte der Mitglieder der Kammerversammlung
gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW**

Name			Ausgeübter Beruf	Beraterverträge	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und Kontrollgremien anderer Wirtschaftsunternehmen	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 Landesorganisationsgesetz genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien
Frau	Bärwinkel-Lembke	Ulla	Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Baumann-Frankenberger	Petra	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstand: Deutscher Fachverband für Verhaltenstherapie e.V.
Herr	Bay	Michael	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	Klever Versorgungs- betriebe GmbH	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Bonus	Alfons	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstand: Gesellschaft für wissenschaftl. Gesprächspsychotherapie Vorstand: Psychotherapeuten Köln e. V. Vorstand: Förderverein Psychologie und Gesundheit NRW
Herr	Broil	Johannes	Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstand: WERFT e. V. Bergheim Vorstand: Verein zur Förderung des Kindertheaters Vorstand: SPFA, Rhein-Erft-Kreis
Frau	Dewald	Dorothea	Dipl.-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin	selbständig und angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Dießelberg	Nicola	Dipl.-Psychologin, Psychoanalytikerin	selbständig	ehrenamtliche Leiterin des Unterrichtsaus- schusses am In- stitut f. Psycho- therapie und Psychoanalyse Ost-Westfalen IPPO, Bielefeld	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstandsmitglied / ehrenamtliche Leiterin des Unterrichtsausschusses am Institut f. Psychotherapie und Psychoanalyse Ost-Westfalen IPPO, Bielefeld
Herr Dr.	Dohmen	Paul	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	KV Nordrhein: Vertreterver- sammlung, Hauptausschuss Beratender Fachausschuss Psychotherapie, Zulassungs- ausschuss PT Köln	Vorstand des "Alfred-Adler- Institut Aachen-Köln e. V." (stattl. anerkannte Ausbil- dungsstätte für PP und KJP)
Herr	Dube	Wolfgang	Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Alfred-Adler-Institut Aachen-Köln e. V., DGPT Landesverband NRW
Frau	Egerding	Susanne	Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorsitzender des Verbandes der PsychotherapeutenInnen und Dipl.- PsychologInnen im Krankenhaus e. V. (VPPK-NRW)
Herr	Eilers	Hans-Jürgen	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Ellinghaus	Eva	Dipl.-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	Lehrkörper der Fern-Uni Hagen im Studiengang "Master of counseling"	keine Funktion

**Veröffentlichung der Auskünfte der Mitglieder der Kammerversammlung
gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW**

Name			Ausgeübter Beruf		Beraterverträge	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und Kontrollgremien anderer Wirtschaftsunternehmen	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 Landesorganisationsgesetz genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien
Frau	Enzian	Angelika	Psychologische Psychotherapeutin, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin	selbständig	Kassenärztl. Vereinigung Westfalen-Lippe im beratenden Fachausschuss Psychotherapie, in der Qualitätskommission im Regionalen Projektbeirat der TK-Studie	Psychotherapeuten Versorgungswerk (Vertreterversammlung)	Kassenärztl. Vereinigung Westfalen-Lippe (Vertreterversammlung)	nicht Mitglied	Psychotherapeutenverein Paderborn/Höxter e. V. (Vorsitzende) Freies Beratungszentrum Paderborn e. V. (Vorstandsmitglied, Qualitätsbeauftragte)
Herr	Fink	Matthias	Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstandsmitglied Kassierer/Schatzmeister im BKJ, Berufsverband der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
Frau	Fischer	Gabriele	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr Dr.	Groeger	Wolfgang	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Häcker	Norbert	Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Wissenschaftl. Gesellschaft für Analytische Intensivbehandlung / Psychotherapie e. V. (WGI), Köln 1. Vorsitzender
Herr	Heiler	Wolfgang	Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Stellvertr. Vorsitzender des Verbandes der Psychotherapeuten und Dipl.-Psychologen im Krankenhaus NRW e.V. (VPPK)
Herr	Hentschel	Gebhard	Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Deutsche Psychotherapeutenvereinigung DPTV: stellvertr. Vorsitzender
Herr	Hentze	Karl-Otto	Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Hoehner	Gerd	Psychologe, Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Hofmann	Karl-Wilhelm	Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Hoyer	Maria	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau Dr.	Hüsken-Janßen	Helga	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vizepräsidentin und Geschäftsführerin der DGH
Herr Dr.	Joisten	Heribert	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	Mitglied Vertreterversammlung KV Nordrhein, stellvertr. Mitglied der Vertreterversammlung KBV, stellvertr. Mitglied Berat. Fachausschuss KV Nordrhein, stellvertr. Mitglied Berat. Fachausschuss KBV	nicht Mitglied	Mitglied Landesvorstand Nordrhein Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Delegierter Landesgruppe Nordrhein Deutsche Psychotherapeutenvereinigung

**Veröffentlichung der Auskünfte der Mitglieder der Kammerversammlung
gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW**

Name			Ausgeübter Beruf	Beraterverträge	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und Kontrollgremien anderer Wirtschaftsunternehmen	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 Landesorganisationsgesetz genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien	
Frau	Konitzer	Monika	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	Mitglied Vertreterversammlung KV Nordrhein, Mitglied Beratender Fachausschuss KV Nordrhein	nicht Mitglied	Mitglied Landesvorstand Nordrhein Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Delegierte Landesgruppe Nordrhein Deutsche Psychotherapeutenvereinigung, Vorstandsmitglied/Schriftführerin Europäisches Public Health Zentrum NRW e.V., Düsseldorf
Herr	Körner	Markus	Analytischer Kinder- und Jugendlichen- psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vereinigung Analytischer Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeuten (VAKJP), Mitglied des Vorstandes, Landesverband NRW der VAKJP-NRW e.V.
Frau Dr.	Kriebel	Reinholde	Dipl.-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin, Psychologische Direktorin	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Kunkel	Ulrike	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Lemke	Marianne	Dipl.-Psychologin	angestellt	keine	nicht Mitglied	Jugendhilfe Ausschuss der Stadt Gütersloh	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Lubisch	Barbara	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	Vorstand der Kreisstelle Aachen der KV Nordrhein	nicht Mitglied	Deutsche Psychotherapeutenvereinigung: Vorstand der Landesgruppe Nordrhein, Bundesvorstand
Herr	Maaß	Hermann	Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstandsmitglied bkg-NRW
Frau	Mähler-Dienstuhl	Veronika	Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Malzahn	Klaus	Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Berufsverband der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
Herr	Meier	Ulrich	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Gesellschafter der APP Köln - Akademie für angewandte Psychologie und Psycho- therapie GmbH	keine Funktion
Frau	Meiß	Uta	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Merschmann	Peter	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstandsmitglied app: Arbeitskreis Niedergelassener Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten Bielefeld e. V.
Herr	Mertens	Rolf	Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Frau	Michelmann	Anni	Dipl.-Psychologin, Psychologische Psychotherapeutin	selbständig, angestellt (12 Std./Woche)	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion

**Veröffentlichung der Auskünfte der Mitglieder der Kammerversammlung
gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW**

Name			Ausgeübter Beruf		Beraterverträge	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und Kontrollgremien anderer Wirtschaftsunternehmen	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 Landesorganisationsgesetz genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien
Herr	Moors	Bernhard	Kinder- u. Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	KVNo: a) Vertreterversammlung; b) Fachausschuss Psychotherapie; c) Hauptausschuss Kassenärztl. Bundesvereinigung; Vertreterversammlung	nicht Mitglied	Vereinigung Analytischer Kinder u. Jugendlichenpsychotherapeuten (VAKJP) Landesverband NRW e. V., 1. Vorsitzender
Frau	Moths	Ulrike	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Müller-Eikermann	Peter	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstand NOVA Hagen e. V. Vorsitzender: Der Paritätische Kreisgruppe Hagen
Frau	Müller-Hoogen	Sigrid	Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr Dr.	Mündelein	Hermann	Arzt	selbständig	keine	nicht Mitglied	Ärztammer Nordrhein, Kassenärztl. Vereinigung Nordrhein	advitam GmbH MVZ Düsseldorf-Mitte GmbH psytec GmbH & Co. KG	Gesellschaft für methodenübergreifende Psychotherapie (GMP) e. V. Vorsitzender
Frau	Nowatius	Rita	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Petri	Johannes	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	stellvertr. Mitglied im Beratenden Fachausschuss Psychotherapie KVNo stellvertr. Mitglied im Zulassungsausschuss Düsseldorf	nicht Mitglied	DGPT, stellvertr. Vorsitzender der Sektion und Berufsverband der Psychol. Psychoanalytiker (BPP) Vorsitzender des Landesverbandes NRW des DGPT Mitglied im Weiterbildungsausschuss Institut für Psychoanalyse und Psychotherapie Düsseldorf e. V.
Herr	Pichler	Andreas	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Mitglied im Vorstand der Landesgruppe Nordrhein Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPTV)
Frau	Pickel	Susanne	Psychologische Psychotherapeutin, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Schäfer	Georg	Psychoanalytiker	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Institut für Aus- und Weiterbildung in Psychotherapie und Psychoanalyse im Rheinland e.V.: Vorsitzender
Herr	Schmidt	Winfried	Dipl.-Psychologe	beamtet	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Stellvertr. Präsident BtH Datenschutzbeauftragter DGH, Deutsche Gesellschaft für Hypnose Beiratsmitglied DGPSF
Herr Dr.	Schneider	Wolfgang	Geschäftsführer, Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	Delegierter Versammlung Bundespsychotherapeutenkammer	Mitglied der Gesellschafterversammlung Rhein. Akademie für Psychotherapie und Verhaltensmedizin (RHAP) gGmbH sowie RHAP-Beratungs- und Entwicklungs GmbH	Mitglied im erw. Vorstand der DGVT
Herr	Schott	Peter	Dipl.-Psychologe	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion

**Veröffentlichung der Auskünfte der Mitglieder der Kammerversammlung
gem. § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW**

Name			Ausgeübter Beruf	Beraterverträge	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und Kontrollgremien anderer Wirtschaftsunternehmen	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Abs. 1 und 2 Landesorganisationsgesetz genannten Behörden und Einrichtungen	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen	Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien
Herr	Schreck	Wolfgang	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Schumacher	Hans	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	Schürmann	Hermann	Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	"Kassenwart" im Institut für Psychoanalyse und Psychotherapie (DPT) Siegen-Wittgenstein e.V. stellvertr. Vorsitzender Landesverband NRW der DGPT
Herr Dr.	Soljan	Andreas	Psychologischer Psychotherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Schatzmeister im IPPPP Institut für psychotherapeutische Medizin, Psychotherapie und Psychosomatik, Düsseldorf
Herr	Stecker	Hans-Werner	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Mitglied im Bundesvorstand des VPP
Herr Dr.	Stricker	Karl	Psychologischer Psychotherapeut	angestellt	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr Dr.	Ströhm	Walter	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	WOP-Weiterbildungsorganisation und Beratungsgesellschaft mbH DVT-Deutscher Fachverband für Verhaltenstherapie e. V.
Frau Dr.	Trautmann-Voigt	Sabine	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Geschäftsführung der Köln-Bonner Akademie für Psychotherapie (GmbH) staatl. Ausbildungsinstitut für psychol. und Ki-Ju-PsychotherapeutInnen
Frau	Unverhau	Sabine	Dipl.-Psychologin	selbständig	Supervisionsvertrag mit dem GZ Lang Dinslaken Neurolog, Tagesklinik	nicht Mitglied	nicht Mitglied	keine Funktion
Herr	von Boxberg	Ferdinand	Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Beisitzer im Vorstand des Landesverbandes NRW der DGPT
Frau	von Müller	Gerhild	Psychologische Psychotherapeutin	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	BDP e. V., Delegierte Gesellschaft für angewandte Psychotherapie e. V. Bonn stellvertr. Vorsitzende
Herr	Wilser	Andreas	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstandsmitglied im APP (Arbeitskreis Psychol. PsychotherapeutInnen Bielefeld app)
Herr	Wollenberg	Olaf	Dipl.-Psychologe, Psychologischer Psychotherapeut, Supervisor und Organisationsberater	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorsitzender der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes PTV der Psychotherapeutenkammer NRW, Vorstandsmitglied der Kreisstelle Leverkusen der Kassenärztl. Vereinigung Nordrhein
Herr Dr.	Wyrwa	Holger	Psychologischer Psychotherapeut Supervisor	selbständig	keine	nicht Mitglied	nicht Mitglied	Vorstandsmitglied der Landesgruppe Nordrhein der Deutschen Psychotherapievereinigung (DPTV) Vorstandsmitglied des Fördervereins des Herdter-Gymnasiums Köln
								keine Funktion